-Für die Unterdrückten!- -Gegen die Ausbeuter!-
Nummer 2 / 2004
Ausgabe 11

Der Neue Fahnenträger

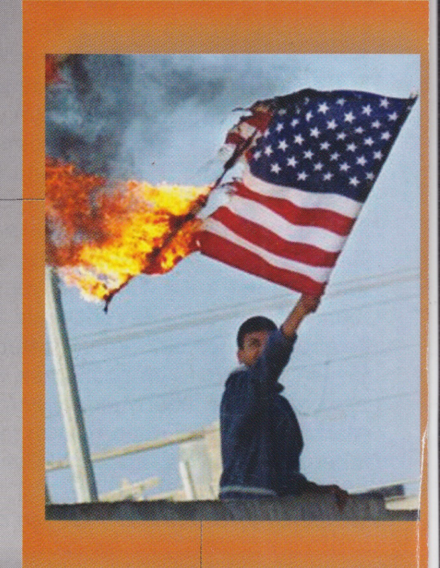
-Antikapitalistisch, Nationalistisch, Sozialrevolutionär, Widerständisch-

-zentrales Organ völkischer SOZIALISTEN-

-Kampfblatt für die deutsche Jugend-

Jugend!

Tritt gefaßt in der aufmarschierenden Front des Neuen Nationalismus!





Kontakt über: M.K., PF 1153 in 17420 Heringsdorf gedruckt in der BRD, Pommern und Mecklenburg im Weltnetz: www.aktionsfront.org
e-Post: ft-versand@web.de aktuelle Wochenschau im Weltnetz: www.die-kommenden.net,



ZERSCHLAGT DEN KAPITALISMUS!

Zertrümmert mit uns die bestehende "Ordnung"!



...etwas ausführlicher

Probleme erkannt - noch nicht gebannt!

Das Ziel - über die Erzwingung der nationalen zur sozialen Befreiung Deutschlands und Europas -

„Der Kampf und nationale Selbstbestimmung und staatliche Souveränität ist so untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen das kapitalistische System und öffnet damit die Tür zu einem abermaligen Anlauf zum Sozialismus. (...) Dem Internationalismus des Imperialismus muß ein Inter-Nationalismus der unterdrückten Nationen, geführt von den Unterklassen, gegenübergestellt werden, denn die nationale Befreiung ist integraler Bestandteil der sozialen."
Und wer kann zumindest hier dem „linken" Intellektuellen Wilhelm Langthaler widersprechen?
Der von uns geführte und in der Vergangenheit schon oft postulierte Befreiungsnationalismus (Nationalismus ist nicht das Ziel, sondern der zu bestreitende Weg) reift nach und nach aus. Noch stehen aber die Massen der Völker nicht bereit, welche die notwendige Kraft und Anstrengung aufbringen müssen, um erstrangig ein Gegengewicht zur kapitalistischen „Ordnung" zu schaffen. Hier sind die stürmenden Revolutionäre gefragt, welche die Macht ihrer Kenntnis und des Glaubens nutzen und das Zertrümmern dieser „Ordnung" und des westlichen Seelentums als oberstes Gebot sehen und dieses Ziel und dieses Wollen in das Volk tragen. Hier spielen weder die Ideologie, noch die politische Herkunft eine wesentliche Rolle.
Und dennoch zeigen verschiedene Finger auf nationale Parteien, welche sich als sozialistisch geben, jedoch lediglich die demagogische Phrase ausüben. Sie sind weder sozial noch sozialistisch, da sie die kapitalistische „Grundordnung" auch weiterhin in ihren Programmen veröffentlichen und propagieren. Diese „Ordnung" würde auch weiterhin den Arbeitern, ob Faust oder Stirn und den Bauern aufgesetzt, die sie geißelt und knechtet. Da helfen vorerst auch wenig die romantisierenden Vorstellungen der Gemeinschaft, denn das nationale Großkapital und sein schützender Steigbügelhalter sind kein Bestandteil dieser Gemeinschaft und müssen als solche im politischen Kampf von Klasse gegen Klasse bezwungen und überwunden werden (um sie gegebenenfalls erst unterzuordnen und dann neu zu integrieren).
Daher die einfache, aber sachlich stets aktuelle und umfassende Losung:
Für die Unterdrückten! – Gegen die Ausbeuter!

Unser Appell an Euch:
Schließt Euch nicht den Demagogen dieses Systems an!
Rückt aus, aus den scheinsozialen Parteien und formiert Euch neu! Parlamentarismus heißt Kapitalismus!

Wir wurden gefragt, warum wir den Zusatz: „zentrales Organ völkischer Sozialisten" innehaben, mit der Randbemerkung wir seien nicht DAS Organ der Bewegung. Hier wollen wir also antworten.
Von einer einheitlichen Bewegung zu sprechen ist bereits Unsinn. Es existiert weit und breit keine solche Bewegung. Dies liegt an den verschiedensten Forderungen des Einzelnen oder verschiedener Gruppen, welche anschaulich unterschiedlichsten Einflüssen unterliegen.
Gemeinsame Nenner und Berührungspunkte gibt es sicher viele, die aber in der Ausführung und ihrer Konsequenz oftmals den Konsens scheitern ließen und weiterhin scheitern lassen werden.
Unter Konsequenz verstehen wir bspw. die Zerschlagung des Privateigentums an den Produktionsmitteln der Konzerne, den revolutionären Kampf gegen die Verschiebung aller bisher nationalen wirtschaftlichen Strukturen innerhalb Europas. Die völlige Zerschlagung des westlichen Imperialismus, einschließlich des neudeutschen Imperialismus hierzulande.
Man haßt die Deutschen der BRD im Ausland, mit vernünftigem Recht. Laßt uns den Ausgebeuteten anderer Nationen erklären: WIR kämpfen in einer Front der Ausgebeuteten gegen die national und international agierenden Ausbeuter und dennoch für die Souveränität jeder einzelnen Nation.

Unsere Nation und unser Ziel sollen lauten - Deutschland!
Unser Weg - ein sozialrevolutionärer Nationalismus!
(wobei wir hierunter keinen Eigennamen irgendeiner Organisationsform ausdrücken wollen)

Zudem unterliegen wir auch nicht der Phrase und des Dogmas des Parteiprogramms oder vorgegebener Richtlinien diverser Gruppenegoismen, sondern agieren im Glauben an das richtige Wollen und stellen uns dabei in erster Linie die Frage, ob es Deutschland und seinem niedergehaltenem Volk nützt.
Nützt es dem Arbeiter und dem Bauern? Und nicht, nützt es der Partei oder nützt es der Gruppe? Das, was wir tun, verantworten wir alleine für uns und jeder Einzelne für sich. Kurzum, wir sind ein zentrales Organ für unsere geneigte Leserschaft und nicht einer Bewegung, welche im eigentlichen Sinne nicht vorhanden ist und nicht existiert, was wir in jener Hinsicht als bedauerlich empfinden. Sollten wir uns jedoch in diesem Punkte irren, lassen wir uns gerne vom Gegenteil überzeugen.
Die Veränderungen unserer bisherigen Auffassungen spielten in den letzten Monaten eine große Rolle. Vieles, was wir vorher beschworen, können und wollen wir im einzelnen nicht mehr nachvollziehen und es ergaben sich uns Fragen, die nicht beantwortet werden konnten. Wir nutzten diese Zeit zwischen dieser Ausgabe und den beiden letzten Erscheinungen, um uns ein Gesamtbild zu machen. Wir stellten neue Fragen und bekamen diesbezüglich neue Antworten. Daraus resultierten neue Gedankenbilder, die wir möglichst in Überschneidungen mit unseren alten versuchen zusammenzufügen. Von einem völligen Gelingen zu sprechen, wäre jedoch naiv. Wir wollen und werden auch in Zukunft keine vollständigen Programme entwerfen oder an verstaubten Dogmen festhalten, da diese stets und ständig umgeändert oder abgeändert werden müssen und uns nachhaltig politikunfähig machen.
Unser Ziel aber sehen wir klar und deutlich und rufen Euch dies unvermindert zu:
Für die sozialistische Revolution – für das Werden der Deutschen Nation!

Formiert Euch für Deutschland, stellt Euch dazu, dort wo die Fahnen des Sozialismus und des Widerstandes wehen!
In einer Front, in der Front der Ausgebeuteten und für Deutschland! Jugend Voran!

mit kameradschaftlichen Grüßen an alle Leser, M. Kutschke
-Schriftleiter-

Berichte und Artikel, Bestellungen und Anzeigen stets an:
ft-versand@web.de (PGP Schlüssel kann erfragt werden!)
F.T. Postfach 1153 in 17420 Heringsdorf

Besonderer Dank! Für Ideen, Sichtweisen und Grundlagen an: T. aus HB, Thomas aus L., MKB, Heiko (Westf.), unserem älteren Gesinnungsgenossen J.B., Die - Kommenden und den treuen Weggefährten innerhalb der PAF.

Unser Kampf: Unsere Zeitschrift ist ein unabhängiges Mitteilungsorgan für eine nationale und soziale Erneuerung. **Wir** richten uns gegen die antideutsche und manipulierende Presse und stehen für eine freie Meinungsbildung im Rahmen der Bewahrung der nationalen Identität.
Für die Unterdrückten! - Gegen die Ausbeuter! Unser Kampf richtet sich gegen die Fesseln der Globalisierung und der Zerstörung Deutschlands und für die Wiederherstellung der Souveränität jeder Nation. **Wir** stemmen uns daher gegen jegliche Form des Imperialismus und Kolonialismus. **Wir** kämpfen für ein Europa der 100 Fahnen. **Wir** kämpfen für einen Sozialismus auf deutschem Boden und postulieren folglich den Kampf gegen die kapitalistische und sozialreaktionäre politische Klasse. Dies heißt uns - rücksichtsloser Kampf gegen Oben!
Wir sind deutsche Sozialisten und der **„Fahnenträger"** ist unser Kampfblatt gegen ein sich selbst auflösendes und marodierendes System.
Jedem Volk seine Nation und jeder Nation ihren Sozialismus! Für das Werden des heiligen Deutschen Reiches!

Rubriken

Seite 01 - Titel
Seite 02 - Vorwort
Seite 03 - Inhalt und Verantwortlichkeit, Anzeigen und Redaktionsschluß, Kontakt, Termine
Seite 13 - Zeitschriftenkritik
Seite 24 - Adressen, Abonnement und Preise
Seite 26 - Skizziert: Vom Parteienstaat zum Volksstaat (Zweiteiler)
Seite 31 - Anzeigenseite und das Zitat der Ausgabe
Seite 32 - Umschlag außen

Artikel und Aufsätze

Seite 04 - Einigkeit und Recht und Freiheit-
Seite 05 - Die deutsche Wesenheit
Seite 09 - Mitteilungen
Seite 11 - Volk, Nation und Sozialismus
Seite 13 - Mitteilungen
Seite 15 - Nationalismus und Klassenkampf...ein Postulat
Seite 17 - Forum zur EU - Osterweiterung
Seite 22 Volksfront von **Rechts**? ...ein Diskussionsbeitrag
Seite 29 - zur Agenda 2010 ...Beitrag Nummer 3



In eigener Sache, bitte beachten!

Liebe Leser! Auf Grund interner Umgestaltung der Redaktion und der inhaltlichen Neuordnung unserer Zeitschrift werden wir die Seitenanzahl noch einmal verringern. Da es unser Wille und unser Ziel ist, unsere Zeitschrift so oft wie möglich erscheinen zu lassen, haben wir uns auf 28 Seiten Umfang einigen können. In wie fern sich der Preis abändert, können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht angeben. Näheres hierzu in Ausgabe 12 , welche etwa im November / Dezember erscheint. Auf Euer Verständnis und Eure Treue hoffend, verbleiben wir mit den besten Grüßen!

-Der Schriftleiter-

TERMINE

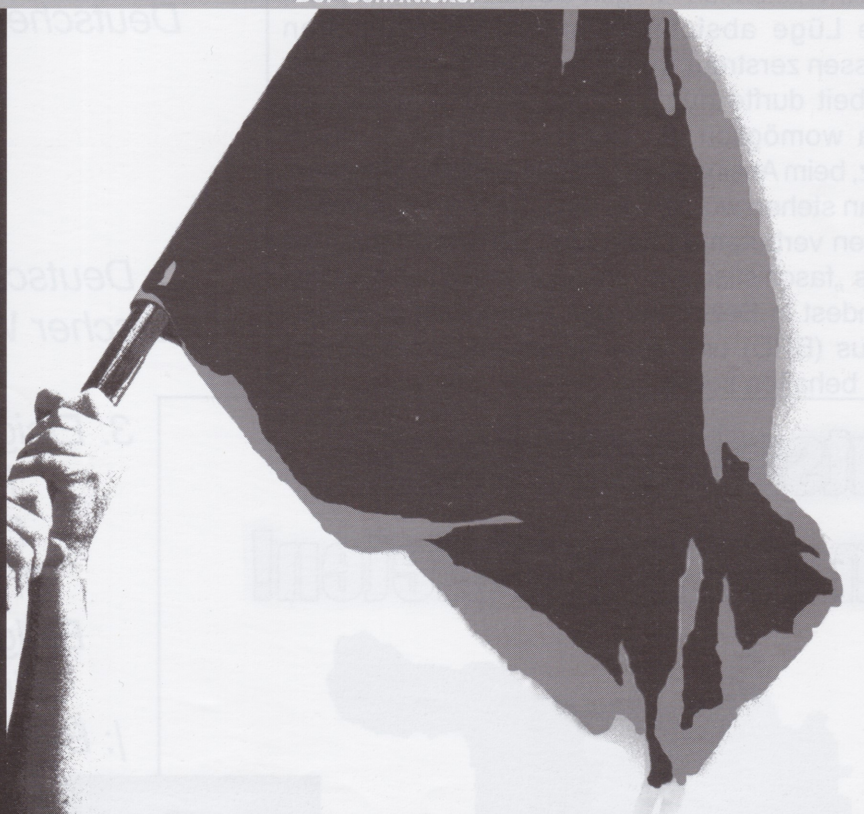
Beinahe tägliche Informationen zu Terminen und Veranstaltungen unter: www.widerstandnord.com/aktionsbuero

Erscheinungsvermerk:

Der„ **Fahnenträger**" ist **keine** Veröffentlichung im Sinne des Pressegesetzes, sondern vielmehr ein Rundbrief an Freunde und Aktivisten der volkssozialistischen Bewegung. Der Bezugspreis deckt nur die Herstellungskosten. Dieser Rundbrief wird vor Erscheinen anwaltlich geprüft.

Herausgeber:
M.Kutschke und der Arbeitskreis:
„Sozialrevolutionärer Nationalisten"
Namentlich gekennzeichnete Artikel und Aufsätze verantwortet der jeweilige Verfasser. Nicht alle verfaßten Artikel spiegeln unbedingt die Ansicht des Hauptschriftleiters wieder. Dies gilt auch im umgekehrten Sinne.
Anfragen zu Themen leiten wir gegebenenfalls weiter.
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
Verantwortliche Schriftleitung: M.Kutschke
Tel.: 0175 / 60 34 74 3
Bestellungen an: FT. Postfach 1153 in 17420 Heringsdorf
Lieferung erfolgt zwischen 7 und 14 Werktagen
Redaktionsschluß: 25.06.2004

Einem Teil dieser Auflage liegt eine Werbebroschüre bei. Nach einer **Absprache** legen wir auch Werbeprospekte Eures Projektes bei. Grobe **inhaltliche Übereinstimmungen** sind die Voraussetzungen. Wir versenden alles und für jeden.
Wir übernehmen keine Haftung!



Das Banner muß stehn, wenn der Mann auch fällt!

A.L.Schlageter - Befreiungsnationalist

Einigkeit und Re

Deutschland, Deutschland über alles heißt es in dem Lied welches wir als unsere Nationalhymne bezeichnen. Sie gibt uns das Gefühl, daß wir Deutsche etwas besonderes sind, daß wir Deutsche zusammengehören um jederzeit für „Einigkeit und Recht und Freiheit" zu streiten. Aber auch, daß es uns bewußt geworden ist, daß der Feind im eigenen Land stärker ist als der Äußere. Nach dem Sieg über den historischen Nationalsozialismus erfolgte jedoch die Umerziehung durch das antinationale Globalisierungsregime der Westmächte. Der Geist des deutschen Wesens sollte durch diesen Gesinnungsterror endgültig kastriert werden. Der Glaube an das eigene Vaterland sollte gebrochen werden und alles was deutsch war und alles was deutsch ist sollte nie mehr zu der Tragfähigkeit gelangen was das eigentliche „Deutschsein" ausmacht. Der Glaube, an das eigene Land und das eigene Volk, wurzelt auch in der Identifikation zur eigenen Nationalhymne. Doch im Laufe dieses Gesinnungsterrors, der Verwestlichung der Masse, verbreitete sich die Lüge, daß unsere Nationalhymne verboten sei. Wir können ruhigen Gewissens behaupten, daß diese Lüge absichtlich unter den deutschen Volksgenossen zerstreut wurde. Im Klassenzimmer oder auf der Arbeit durfte nur die dritte Strophe gesungen werden da womöglich die Polizei oder der Verfassungsschutz, beim Absingen der beiden anderen Strophen, auf den Plan stehen würden. In der DDR waren überdies alle Strophen verboten da das „Lied der Deutschen" die Hymne des „faschistischen Klassenfeindes" war, wobei man zumindest in Bezug auf den Gegensatz zwischen Kapitalismus (BRD) und dem Sozialismusversuch der DDR recht behalten sollte.

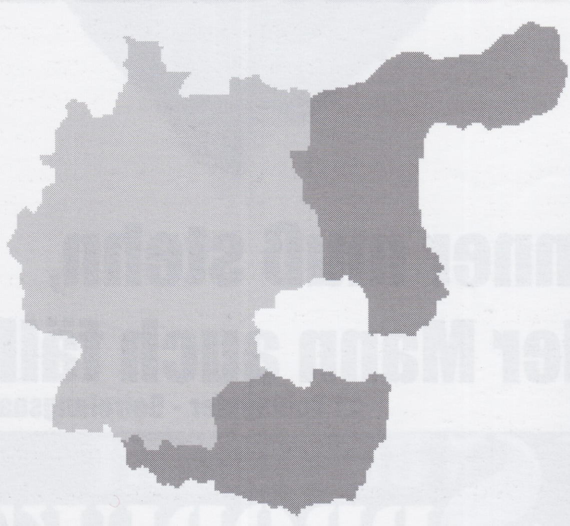
Das Lied der Deutschen.

1. Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt,
Wenn es stets zu Schutz und Trutze
Brüderlich zusammenhält,
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt -
|: Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt. :|

2. Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten schönen Klang,
Uns zu edler Tat begeistern
Unser ganzes Leben lang.
I: Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang. :I

3. Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand.
|: Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland. :|

Deutschland kann man nicht verbieten!



Hoffmann von Fallersleben verdanken wir „Das Lied der Deutschen".

echt und Freiheit...

Die Bundesrepublik erkannte für sich lediglich die dritte Strophe an, die bei Staatsakten oder sonstigen Veranstaltungen abgesungen wurde.
Das Amtsgericht Lüneburg stellte in diesem Zusammenhang, in einem Prozeß, endgültig fest:

„Die als Beschlagnahme anzusehende Sicherstellung entbehrt jeder Grundlage. Das Abspielen der deutschen Nationalhymne **unterfällt nicht** dem Straftatbestand des § 86a StGB. Das „Lied der Deutschen" stellt kein Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation dar, sondern ist die deutsche Nationalhymne, d.h. nationales Symbol, welches explizit in § 90a Abs. 1 Ziff. 2 StGB unter den Schutz vor Verunglimpfung gestellt wird. Auch der Text der 1. Strophe **unterfällt nicht** der Vorschrift des § 86a StGB.....Die deutsche Hymne ist nach ganz einhelliger Meinung das „Lied der Deutschen" mit dem Text von Hoffmann von Fallersleben und der Musik von Joseph Haydn.....Seit der Entscheidung des Bundespräsidenten Heuss aus dem Jahre 1952 ist dies anerkannt und kaum bestritten.....Weiter ist einheitlich anerkannt, daß aufgrund der Entscheidung des Bundespräsidenten bei öffentlichen Anlässen, d.h. bei staatlichen Akten der Bundesrepublik Deutschland, lediglich die 3. Strophe des Deutschlandliedes als Text gesungen werden soll...Damit ist jedoch in keinem Fall der übrige Teil des Textes oder der Hymne als verboten anzusehen oder gar als Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation einzuordnen..... Das Gericht zeigt sich zugegebenermaßen überrascht, daß nach Einschätzung der Polizei in Deutschland das Absingen der eigenen Nationalhymne offenkundig als Verwirklichung eines Straftatbestandes angesehen wird...."

Nachtrag: Sei es drum, daß dieser bundesrepublikanische Staat auch unsere Nationalhymne verbot oder verbietet, es wäre uns egal. Die Wiedergeburt, einer neuen und wahrhaft deutschen Nation, kann diese kapitalistische Epoche nicht durch Verbote hindern.

Bleiben wir bei der Thematik dem „Deutschsein", dem der nachfolgende Aufsatz inhaltlich gewidmet ist.

Dank für weitere Verwendung geht an L.Käppler!

Das Deutschtum in Vielgestaltigkeit und Wesenseinheit.

Die deutsche Wesenheit

Von Thomas Engelhardt

In vorangegangenen Beiträgen haben wir uns bereits mit dem Wirken Deutscherund mit dem deutschen Typus beschäftigt.
Beschäftigen wir uns nun mit dem deutschen Wesen. Zuerst wieder eine Begriffsdeutung.
Das heutige Wort Wesen ist abgeleitet aus dem gotischen „wisan" und dem althoch-deutschen wesan = sein (ist, sind, seid, sei, seist, seien, seiet, aber auch: war, gewesen). In der sprachgeschichtlichen Entwicklung wurde daraus die Bezeichnung für die Summe der begründenden Merkmale einer Person oder einer Gruppe.

Mit dem Wort Anwesen schließlich wird der Besitzstand umrissen. Aus diesen Beispielen ersehen wir den ungeheuren Formenreichtum unserer deutschen Muttersprache, und damit wären wir schon mitten im Thema. Denn die Wesenheit (älterer Begriff von „Wesen") eines Volkes leitet sich ganz wesentlich aus der Sprache ab. Umgekehrt beeinflußt die Volkssprache aber auch Tun und Denken eines jeden Volkes. Ja, mehr noch, Völker, die ihre Sprache verlieren, sterben ab, verabschieden sich aus dem Reigen der Völker, sie treten von der Weltbühne ab und verlassen die Geschichte, weil sie in anderen Großgruppen aufgehen oder aufgesogen werden.

Der Begriff „deutsch"

Das Wort „deutsch" in seinen älteren Formen (gotisch thiudisko, altniederdeutsch thiudisk, althoch-deutsch diutisk, mittelhochdeutsch diutsch) bedeutet etymologisch „völkisch" oder „volkstümlich" und wurde im christlichen Sinne auch für „heidnisch" gebraucht. Im 8. Jahr-hundert schon belegt, gebrauchte man diese Bezeichnung für die in der Osthälfte des Frankenreiches (heutiges Deutschland) verbreitete einheimische Volkssprache im Unterschied zu der herrschenden offiziellen lateinischen Kirchen-, Kanzlei- und Schriftsprache sowie der vulgärlateinischen Volkssprache lingua romana der westlichen Reichshälfte. Der Begriff „deutsch" erwuchs also aus einer Abgrenzung bzw. Absonderung. Dessen ungeachtet haben sich bis ins 9. Jahrhundert hinein unsere Vorfahren nicht als Deutsche in unserem heutigen Sinne gefühlt und sich als solche auch nicht bezeichnet. Erst nachdem die Teilung des Fränkischen Reichs vollzogen war und eigenständige Staatswesen entstanden, traten die bis dahin noch bedeutenden Stammesverbände in den Hintergrund, und ein neues kollektives Bewußtsein begann sich durchzusetzen. Dies war allerdings ein langandauernder Prozeß, denn die Bayern und Sachsen hatten z.T. eigene

staatliche Verbände bilden können und fühlten sich z.T. auch als eigenständige Völkerschaften. Nach der Abtrennung vom romanischen Frankreich im Jahre 843 blieb deshalb vielfach nicht nur das Stammesbewußtsein erhalten, sondern auch die latent vorhandenen Stammesgegensätze. Teilweise verschärften sich diese Stammesunterschiede sogar noch im Laufe der Jahrhunderte, da jeder Stamm ein eigenes Herzogtum bildete. Die kolonisatorische Tätigkeit der Franken aber führte teilweise zur Bildung von Neustämmen etwa der Rheinfranken oder der Ostfranken. Parallel bildete sich langsam ein deutsch-nationales Bewußtsein heraus. Jedoch wird der Begriff „Deutsche" als Volksname bis ins 13. Jahrhundert nur selten verwendet.

Vom Stamm zum Volk

Im Laufe von Jahrhunderten aber begriffen sich die Deutschen als Gemeinschaft, wiewohl sie sich nach wie vor zuerst durch die Landschaften und Länder definierten, die sie bewohnten (Friesen, Thüringer, Lothringer, Schwaben, Franken, Baiern). Und wie die Sprache wurde auch die einheimische Sitte, Tracht, das Recht, Brauchtum und Kultur als deutsch bezeichnet. Das aber war insbesondere die Sicht von außen. Der Stammespartikularismus lebte in teilweise neuen und überlagerten Formen fort und selbst die Kreiseinteilung des Deutschen Reiches durch Kaiser Maximilian lehnte sich an diese immer noch existenten Stämme an. Das war im Jahre 1495! Wenn wir über das Wesen der Deutschen sprechen, so müssen wir die Vielgestaltigkeit unseres Volkes zuallererst ansprechen. Und wir sind ein Volk! Nur deshalb gelang die sofortige und vollständige Eingliederung der Heimatvertriebenen aus ganz Ostdeutschland.

Ein schmerzlicher Aspekt unserer Geschichte ist der Verlust unserer Randgebiete. Die Schweizer schieden schon 1495 aus dem Reichsverband aus, die Niederländer 1581 (jeweils im Frieden von Münster und Osnabrück bestätigt). 1797 verloren die Deutschen die nördliche Hälfte des heutigen Belgiens (Flandern) und 1866 schieden schließlich die Österreicher aus dem staatlichen Verband der Deutschen aus. Der Dreißigjährige Krieg war zwar in erster Linie ein Reichsverfassungskrieg, aber er war eben auch ein Krieg von äußeren Mächten um die Macht in oder über Deutschland. Man kann diesen Krieg, der in eine Reihe von Einzelkriegen zerfiel, auch als Krieg Frankreichs auf deutschem Boden mit deutschem Blut werten. Auch die napoleonischen Kriege waren Kriege auf deutschem Boden mit deutschem Blut, diesmal aber zugunsten Großbritanniens.

Prägekraft der Stämme

Die Vielgestaltigkeit der deutschen Stämme prägte unsere gesamte Geschichte. Wir können aber gerade diese Tatsache als ein überaus wichtiges Kriterium deutscher Wirklichkeit begreifen. Der Formenreichtum unserer Sprache, das reiche kulturelle Erbe unserer Vorfahren, ja die Eigenheiten der Stämme und Landschaften unseres Vaterlandes machen die Schönheit und eigentliche Kraft Deutschlands aus. Von dieser Vielgestaltigkeit der Deutschen her wird letztlich aber auch nur das Wesen dieses Menschenschlags in der Mitte Europas verständlich. Nichtdeutsche begreifen uns sehr oft als merkwürdig oder eigentümlich, zuweilen auch als schwierig. Hierbei ist aber zu beachten, daß die Schwingungsbreite deutscher Art sich sowohl im einzelnen Individuum als auch im jeweiligen Stamm und im Volksganzen äußert. Machen wir den Versuch, einige der Pole zu bestimmen, zwischen denen deutsche Art sich ausschwingt: der nordisch geprägte Typus gilt als zupackend, bewegend, vorstoßend, verwegen handelnd, nicht zaudernd, jedenfalls und nicht mit sich und der Welt hadernd. Der ostische Mensch neigt dagegen zur Selbstbetrachtung eigenen Tuns und Erlebens, Ruhe und Bedächtigkeit und nüchterne Sachlichkeit beim Norddeutschen, dagegen Unbekümmertheit, Frohsinn, Aufgelockertheit in Süddeutschland (Weintrinkerkultur!) Wortkargheit hier, Sinnesfreude und z.T. lebhaftes Mitteilungsbedürfnis dort, herbes zurückhaltendes Gemüt etwa in Westfalen (oder im früheren Ostpreußen), bedächige Ruhe in Schleswig, frohe Lebensart dagegen in Thüringen oder im Rheinland, oftmals anzutreffende unbekümmerte Großzügigkeit neben fast pedantischer Sorgfältigkeit dort. In der Außenschau werden wir als merkwürdiges Volk wahrgenommen. Bestaunt, z.T. verehrt, beneidet, argwöhnisch beobachtet.

Schöpferische Spannung

Wir Deutschen tun uns dabei schwer, zu uns selbst zu finden. Im Innern sind wir oft zerrissen von schöpferischer Spannung, weil fast jeder von uns Blutlinien aus allen deutschen Gauen in sich trägt. Jeder, der sich auf die Spur seiner Vorfahren begibt und zeitlich absteigend sich Vorfahrengenerationen aus der Zeit vor dem Dreißigjährigen Kriege nähert, wird dies feststellen bzw. bestätigen. Diese Verschmelzung innerhalb des deutschen Volkskörpers, bedingt nicht zuletzt durch die zahlreichen von außen gegen das Reich geführten Kriege und die dadurch ausgelösten Flucht- und Neusiedelbewungen, zeitigte letztlich die Fülle deutscher Wesenszüge, nicht zuletzt auch von Charakteristika und Leistungsformen. Für den Außenstehenden ist diese Feststellung wohl die besondere Eigentümlichkeit der Deutschen. Der Einzelne, dem die Vielzahl der Entwicklungsmöglichkeiten mit auf den Weg gegeben wurde, entdeckt in der Regel eine Vielzahl von Aufgaben, die die (kleinere oder größere) Welt noch ungelöst in sich trägt. Und das zeichnet den Deutschen wohl ganz besonders aus. Sich auseinandersetzen mit bestimmenden Kräften, gegebene Zustände verbessern oder zumindest verändern zu wollen (zu müssen!), sich nicht abzufinden mit eingefahrenen Wegen.

Deutsche Leistungsgröße

Deutsche haben zu allen Zeiten und auf allen Kontinenten bewiesen, daß sie in der Lage sind, jede Situation und jedes Schicksal zu meistern. Gerade aus diesem Wissen, jedes Schicksal meistern zu können (ja, meistern zu müssen)

erwächst im Deutschen die anlagebedingte Aktivität und Ruhelosigkeit zu ungeahnter Größe und tätiger Schöpferkraft. Hierfür gibt es weltweit in allen auslandsdeutschen Siedlungsgebieten Beispiele zur Genüge, die ggf. in einem anderen Beitrag behandelt werden können. Es sollen hier lediglich zwei Beispiele genannt werden, die das hohe Ansehen Deutscher im Ausland widerspiegeln: Die Russen sagen von den Deutschen, sie hätten den Affen erfunden, was soviel heißt, es gibt nichts, was sie nicht fertigbringen. In der westlichen Hemisphäre dagegen gilt der Satz „Die Deutschen sind das Salz der Erde". Damit ist alles gesagt, und doch greifen diese Zusammenfassungen zu kurz. Die oben erwähnte Vielfalt der den Deutschen arteigenen Anlagen und darüber hinaus die weitgespannten im Volke vorhandenen Interessen und Leistungsformen sind der eigentliche Grund, daß Deutsche die verschiedenartigsten Aufgaben als die ihren betrachten. Richard Wagner begründete diese Hingabe, die Ausländern zuweilen unwirklich bis unheimlich vorkommen mag einmal mit den Worten, der Deutsche verwirkliche eine Sache oder widme sich einem Ziele allein der Sache selbst wegen.

Leben für die Zukunft

Hier wird wohl sogar der eigentlich wichtigste Wesenzug des Deutschen offenbar. Er lebt in der Zukunft oder zumindest für die Zukunft, er lebt für die Verwirklichung seiner Ideale, seiner Lebenswünsche. Dieser bedingungslose Glaube an eine bessere Zukunft wurde in jedem aktiven Zeitabschnitt deutscher Volksgeschichte lebendig. Den deutschen Menschen treibt (heute müssen wir leider sagen trieb) der Anspruch, daß das, was werden soll, besser sein werde als alles, was vorher war, ganz wesentlich an. Die Bereitschaft der Deutschen, idealistische Anschauungen zu übernehmen und zu vervollkommnen, hat hier sicherlich eine ihrer tieferen Ursachen. Der Drang zum Zukünftigen, dieses „aus derZukunft leben" ist der eigtentliche Kern nordisch-germanischen Aktivismus´. Wendet sich der Deutsche dagegen der Vergangenheit zu, wird seine Tatkraft geschwächt, er selbst verfällt Verklärung, Zukunftslosigkeit, falscher Romantik. Daß aber nicht etwa ein welt- und lebensfremder Idealismus zur Wesensart des Deutschen gehört, beweist sein Verhältnis zur tätigen und schöpferischen Arbeit. Dieser ausgeprägte Drang zum Tätigsein, der in dieser Form nicht nur unseren unmittelbaren Nachbarn ungewöhnlich erscheint, ist aber weder Folge einer etwa übersteigerten Aktivität noch Ausdruck überentwickelten Erwerbssinns, er ist auch nicht der Enge des Raumes geschuldet, in dem der Deutsche lebt. Alle diese Erklärungsmuster wurden in der Vergangenheit schon vorgebracht. Nein, die Tüchtigkeit des Deutschen erwuchs aus den spezifischen Erbanlagen, sie ist nichts als die Antwort des schöpferischen, neugierigen und aktiven Menschen auf die Fülle der von ihm als wichtig erkannten Aufgaben.



Deutsche Disziplin

Aber dieser Menschentypus erwuchs nun einmal einzig hier in der Mitte unseres Kontinents. Die Hingabefähigkeit an die Arbeit, die Leistungs-bereitschaft und der Drang zur Effektivität, ja, die Entschiedenheit und Unbedingtheit des Arbeitseinsatzes sind wohl die wichtigsten Prägungen des Deutschen. Dieser sicherlich ausschlaggebende Wesenszug des Deutschen ist bei Lichte besehen jedoch nur eine Seite der Medaille. Der inneren Berufung zu Tat und Leistung stehen starke Gemütskräfte entgegen. Tatwille und Begeisterungsfähigkeit, Fleiß und Streben nach Echtheit, Arbeitseinsatz bis zum Umfallen und Nicht-Resignierenwollen stehen daher unmittelbar in Beziehung zueinander.
Die Mannigfaltigkeit deutschen Gemüts aber ist groß. Im „deutschen Gemüt" tritt uns das Wesen dieses Volkes daher am ehesten entgegen. Die Herbheit und Kargheit des Norddeutschen sind deutsch, genausowie etwa die Lebensfreude des Süddeutschen. Sich selbst sieht der Deutsche freilich, gleich ob in Nord, Süd, Ost oder West gern als „Gemütsmenschen". Das bedeutet nichts anderes, als daß sein Denken und Tun innerer Disziplin unterliegen, man nannte dies früher die „Zucht des guten Herzens".

Deutsches Gemüt

Das Ausland faßte diese Eigenschaft, die sich oft genug zum Nachteil des Deutschen auswirkte unter dem Begriff des „deutschen Michel" zusammen. Gemütlichkeit und „deutscher Michel" sind daher sicherlich zwei Wörter, die



die Wesenheit des Deutschen entscheidend widerspiegeln. Gemütlichkeit, ein Wort, welches sich nicht in andere Sprachen übersetzen läßt, ist ein Wort, in dem etwas Besonders liegt und es ist zugleich ein deutsches Phänomen. Es hängt letztlich unmittelbar mit dem deutschen Gemüt zusammen. Da es aber im gesamten deutschen Volk anzutreffen ist, müssen spezielle Anlagen, die offenbar nur beim Deutschenvorhanden sind, hier ihre Ursachen haben. Die Gemütlichkeit zeichnet nämlich nur deutsche Gemüter aus. Die besagte Unübersetzbarkeit dieses Wortes liegt gerade in seiner Bedeutungsgeschichte. Die Gemütlichkeit hört nämlich nicht nur in Geldsachen auf, wie die bekannte Redensart besagt, sie hört förmlich an den deutschen Sprachgrenzen auf. Zwar kann man sich auch außerhalb Deutschlands gemütlich fühlen und selbstverständlich haben andere Völker hier ähnliche Begriffe. Trotzdem besitzt das deutsche Wort Gemütlichkeit in seiner Komplexität und in seiner Bedeutung einen ganz eigenen Sinn. Das geflügelte Wort vom „deutschen Michel„ gibt es seit mindestens 450 Jahren. 1541 wird es erstmals belegt.

Der heutige Deutsche reagiert auf die karikaturistische Figur des „deutschen Michel" in der Regel mit Befremden, dabei kann er durchaus ein treuherziger, gutmütiger Biedermann sein. Erstaunlich ist aber, daß diese Figur im Ausland durchaus nicht ernst genommen wird. Dort gilt der „deutsche Michel" viel eher als schlechte Tarnung. Denn man meint, den Deutschen anders zu kennen.

Zornig, bedrohlich, immer zum Kampfe bereit. Heute ist der „deutsche Michel" für manche Deutsche noch immer die Verkörperung des typischen Deutschen.

Viele erkennen in ihm auch den gutmütigen, ehrlichen, Ruhe und Gemütlichkeit liebenden Deutschen. Eine Figur also, in der bestimmte Eigenschaften des deutschen Nationalcharakters am ehesten verkörpert werden. Wieder andere, hier wären insbesondere Journalisten anzusprechen, benutzen den „deutschen Michel", um unterstellte andere Züge des Deutschen, Naivität, Ängstlichkeit, Ungehobeltheit, schlechte Manieren, Neigung zum Selbstmitleid zu umschreiben. Die Tatsache, daß in der Vergangenheit der die Schlaf- bzw. Zipfelmütze absetzende Michel das Erwachen des Volkes verkörperte, ja, daß die Aufforderung „Wach auf, du deutscher Michel" der Ruf zum Handeln werden sollte, zeigt schon die Doppelbedeutung dieser Symbolfigur.

Zwei Herzen in einer Brust

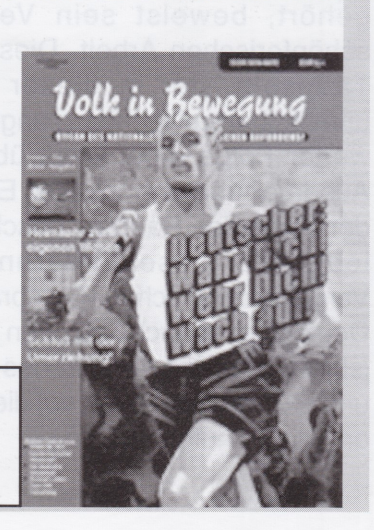
Aufgezeigt wird aber auch, daß offenbar zwei Herzen in der Brust des Deutschen schlagen. Da ist der dynamische, vorwärtsstürmende, in die Zukunft blickende Tatmensch, dem buchstäblich die Welt zu Füßen zu liegen scheint („Am deutschen Wesen soll die Welt genesen"), hier der zur Innenschau neigende brave Bürger, dem Unruhe und Unrast, ja, dem die Veränderung seiner Verhältnisse ein Greuel ist. Klar ist aber auch, daß es dem Tatmenschen keineswegs darum geht, sich etwa die Welt untertan zu machen oder fremdes Besitztum anzueignen. Sein Streben ist vielmehr dort idealistischer Natur, denn er will die Welt verändern helfen, er will verbessern, um danach wieder zur Ruhe kommen zu können. Vielleicht. Hieran wird deutlich, der Deutsche ist schwer zu fassen.

Der Nationalcharakter der Deutschen scheint in dem neuen Gebilde Bundesrepublik verloren gegangen zu sein. Daß aber ein gewaltsames Aufbrechen aus dieser Lethargie theoretisch jeder Zeit möglich erscheint, ahnen wir mehr als wir es wissen. Das deutsche Schicksal ist unlösbar mit dem diesem Volk eigenen Nationalcharakter verbunden und dieser resultiert aus dem nur diesem Volk innewohnenden Wesen.

In diesem Sinne gilt für uns also durchaus:

Die Zukunft hat noch nicht begonnen!

Quelle: Volk in Bewegung, Ausgabe 4 / 2003, Probeexemplar für 2 Euro plus Porto unter Postfach 1337 in 74003 Heilbronn



Der Bezug des ViB. wird von uns wärmstens empfohlen.

Mit der Fahne Israels, Antideutsche auf Demonstration in Berlin.



-Spaltung der ANTIFA und den ANTIDEUTSCHEN - perfekt!-

Selbstzerspaltung

Hamburg. Von Januar bis März „gastierte" die Hetzausstellung des Reemtsmas noch einmal in der Hansestadt. Laut Pressemitteilungen wird die Ausstellung nach dem Standort Hamburg anschließend stationär weitergeführt (voraussichtlich in Berlin, bzw. dort eingemottet). Daraus folgte, daß der nationale Widerstand noch einmal kräftig mobilisierte, um gegen die Ausstellung zu protestieren. Daß solcher Widerstand gegen die Geschichtsklitterung auch die Reaktion auf den Plan rief, war den Veranstaltern der Demonstration sicher klargewesen. Am 31. Januar beteiligten sich mehrere ANTIFA-Gruppen aus der gesamten Bundesrepublik an der Gegenveranstaltung, unter anderem auch Gruppen aus Berlin unter der deutschfeindlichen Losung „Opa – halt's Maul!".

Selbstzerspaltung.

Die inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen der ANTIFA und den ANTIDEUTSCHEN liegen bereits einige Jahre zurück. Zwar bemühte man sich, diesen Konflikt stets herunterzuspielen, aber wurde dieser auch oft genug öffentlich ausgefochten. Nachdem das Trennende dann doch entscheidender war als das Zusammenspiel, eskalierte der Konflikt der **antiimperialistischen ANTIFA** und der **antideutschen ANTIFA** noch während ihrer reaktionären Gegenveranstaltung. Als sich rund 50 ANTIDEUTSCHE mit Israelfahnen und pro - israelischen Transparenten in den vorderen Reihen des Demonstrationszuges aufstellten, kam es zu handfesten Auseinandersetzungen. Vermummte ANTIFAS entrissen schließlich unter der Anwendung von Fußtritten und Faustschlägen den antideutschen ANTIFAS die Transparente und die Fahnen. Erst das Einschreiten der Polizei beendete vorerst die Schlägerei. Einige der Krawalltouristen wurden anschließend in Gewahrsam genommen. Somit steht fest, daß die ANTIFA-Reaktion gescheitert ist, da nach solchen Auseinandersetzungen ein Zusammenspiel der beiden Strömungen vorerst wohl nicht mehr möglich ist, geschweige denn noch einmal in Frage kommt.

Antideutsche „ANTIFA", mit dem Tragen der Israelfahne postuliert IHR den internationalen Kapitalismus! Somit reiht IHR euch ein, in die schier endlose reaktionäre Flut.

„Bündnis Rechts" hat sich ins Abseits katapultiert.

Während revolutionäre nationale Sozialisten bemüht sind, gedankliche Grundlagen für eine gesunde Umweltpolitik zu schaffen und die Diskussion über alternative Energieversorger in die volkssozialistische Opposition zu tragen, schlägt das „Bündnis Rechts" genau in die entgegengesetzte Richtung ein.

In einer Pressemitteilung sprach Ingo Stawitz (seinerzeit noch bei dem „BR" aktiv - wechselte inzwischen zur NPD) von der **„Zukunftstechnik" Atomenergie**. Grund für seine Mitteilung war die Verschiebung der Hanauer Plutonium Anlage nach China. (trotzdem diese Verschiebung im April von der Regierung zurückgepfiffen wurde) Es ist bedrückend wie sich angebliche nationale Oppositionelle zu Interessenverkündern der internationalen Atomlobby machen, da in seiner Mitteilung auch davon die Rede war, daß der Gebrauch dieser Energie von **„wirtschaftlicher Vernunft"** gepriesen sei. Es ist klar, daß derartige Positio-nierungen für einen nationalen Widerstand nicht tragbar sein können. An dieser Stelle könnten wir auch sofort in Gespräche mit dem bundesrepublikanischen Großkapital treten, um uns den Interessen dieser skrupellosen Ausnützer unseres Volkes anzubiedern. Solche Äußerungen sollten vorher genauestens durchdacht werden oder sind sie politisches Kalkül? Es würde uns interessieren, inwiefern die Mitglieder des „Bündnis Rechts" die Aussagen des Ingo Stawitz teilen. In das politische Schema dieses kleinbürgerlichen Vereins passen sie allemal, da doch der Vorsitzende Dieter Kern, in der Vergangenheit, und unter Hilfe von Polizeibeamten radikale Volkssozialisten von ihrem „runden Tisch" entfernen ließ.

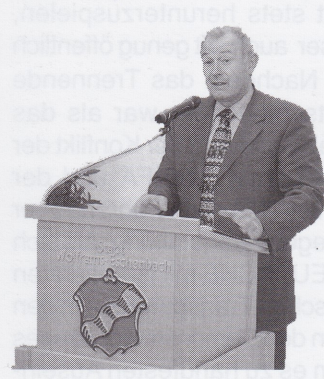
Verhaltensauffälligkeit bei Kindern

von Christian Klee

Einer Studie der Universität Erlangen-Nürnberg zufolge sind zwischen 13 und 17 % aller Kinder in der BRD verhaltensauffällig. Die Auffälligkeiten reichen von Schwierigkeiten im Sozialverhalten, Aggressionszuständen, Hyperaktivität, Hang zur Kriminalität, Angstgefühlen, Depressionen, Eßstörungen bis hin zu Drogenabhängigkeit. Die Wissenschaftler kamen zum Ergebnis, daß als Hauptursache die mangelnde emotionale Zuwendung der Eltern anzusehen ist. Weitere Gefahrenquellen ergeben sich durch nachlässige, übermäßig strenge oder für die Kinder unlogische Erziehung, mangelhafte Aufsicht der Eltern, permanente Konflikte zwischen Mutter und Vater, aggressives Familienklima sowie durch Alkoholmißbrauch bei Eltern und Großeltern.

-Repression-

FAF von Beckstein verboten.



„Das bayerische Innenministerium hat die Skinhead-Gruppierung „Fränkische Aktionsfront" (F. A. F.) verboten. Sie sei mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt,erklärte Innenminister Günther Beckstein am Donnerstag in München." So lautete es am 22. 01.2004 in Mitteilungen staatlicher Presseorgane. Die sogenannte Wesensverwandtheit wurde nicht weiter begründet. Auch angebliche Verbindungen zu Martin Wiese und seiner „Kameradschaft Süd" wurden erwähnt. Bei den Opfern dieser Repressionsmaßnahmen wurden unteranderem komplette Rechneranlagen sowie Mobiltelefone beschlagnahmt. Dies beweist die übliche Masche der Staatshüter indem versucht wird, durch Beschlagnahmungen, nationalistische Strukturen auch finanziell zu schädigen. (Wir erinnern uns an die Durchsuchung bei uns im Sommer 2003.) Die Verbindungen zu Martin Wiese und seiner „Kameradschaft Süd" lassen sich unserer Meinung nach besser an die Presse verkaufen, um durch diese die Öffentlichkeit auch in Zukunft gegen einen „nationalen Widerstand" zu mobilisieren.
Bitte beachtet daher, daß das FAF Material von nun an verboten ist und der Besitz und das Verteilen strafbare Handlungen darstellen! Auch die Netzpräsenz der FAF ist nicht mehr erreichbar.

Am 23.02.04 wurde Klage gegen das Verbot seitens der FAF Aktivisten eingereicht.

-Repression-

Niedersachsen verabschiedete neue Diskriminierungsgesetze.

-Gegenöffentlichkeit schaffen-



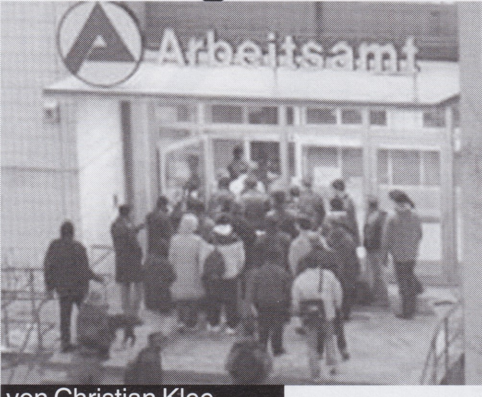
U. Schünemann

Die derzeitigen Repressionsmaßnahmen und Schikanen, gegenüber Oppositionellen und Fundamentalisten, sind dem Landtag von Niedersachsen unzureichend und so wurden die bestehenden Polizeigesetze weiter aufgeweicht. Der niedersächsische Landtag gab bekannt, daß „Extremisten" egal welcher Couleur auf richterliche Anordnung von der Polizei überwacht werden können. Der Spielraum ist soweit ausgeweitet worden, daß die Polizei ohne konkreten Tatverdacht Wohnungen verwanzen oder Richtmikrofone einsetzen kann. Zum anderen wurden Maßnahmen beschlossen, so daß Institutionen wie die Post oder Banken, Datenauskünfte über unliebsame Personen an die Polizei weiterleiten müssen. Auch wurde der polizeiliche Arrest von vier auf zehn Tagen ausgeweitet. Weitere Maßnahmen, des Uwe Schünemann (Innenminister von Niedersachsen), bestehen darin die DNA – Analyse zu perfektionieren indem die Polizei nun freie Handlungsfähigkeit besitzt und selbst entscheiden kann ob und wann sie die Analyse gebraucht.
Solltet ihr Opfer dieser Schikanen werden empfehlen wir Euch eine sofortige Gegenöffentlichkeit zu schaffen und solche Repressionsmaßnahmen beim Namen zu nennen, denn sollte sich dieses Repressionsmodell auf Bundesebene ausweiten besitzt der Staat jegliche Handlungsfähigkeit über uns. Setzt auch uns in Kenntnis, damit wir darüber berichten können. Beschwerdebriefe könnt ihr auch an das Innenministerium (Adresse, siehe unten) von Niedersachsen senden.
Nachtrag: Seit April 2004 gelten diese Gesetze nunmehr auch in Mecklenburg Vorpommern. *„Der Staat hat eine Schutzpflicht gegenüber seinen Bürgern"*, unterstrich der CDU-Abgeordnete Reinhardt Thomas.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Referat für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit Lavesallee 630169 Hannover
Tel: 0511/120-6258/ -6255
Fax: 0511/120-6555
pressestelle@mi.niedersachsen.de

Arbeitslosigkeit:

6 Millionen Leistungsbezieher



von Christian Klee

Mit 4,293 Millionen in der offiziellen Statistik erfaßten Arbeitslosen ist die Erwerbslosigkeit im Mai sowohl gegenüber dem Vormonat (- 150.200) wie auch dem Vorjahresmonat (- 50.000) geringfügig zurückgegangen, und zwar auf eine Quote von 10,3 %. Im Westen wurden 2,709 Millionen Arbeitslose gemeldet (8,2 %), im Osten sind es 1,583 Millionen (18,3 %).
Der Rückgang ist, wie schon mehrfach gesagt, auf statistische Manipulationen zurückzuführen sowie auf die Gründung sogenannter Ich-AGs, deren Gründer in wenigen Monaten wieder beim Arbeitsamt auf der Matte stehen werden. Katastrophal ist weiterhin die Situation im Ausbildungsbereich: 312 100 unvermittelte Bewerber sahen sich Ende Mai 126 900 unbesetzten Lehrstellen gegenüber. In absehbarer Zeit ist mit einem erneuten Emporschnellen der Arbeitslosenzahlen zu rechnen, denn die Einführung des Arbeitslosengeldes II könnte die Arbeitslosenzahl zur Jahreswende auf die Fünf-Millionen-Marke treiben.
Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen durch die Reform um bis zu 300 000 steigen. Grund für den Anstieg: Erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, die bislang nicht in der Nürnberger Statistik geführt werden, werden sich arbeitslos melden, um ihre Leistung nicht zu verlieren. Im Februar 2004 lag die Arbeitslosenzahl ohne Statistikänderungen bei über 4,7 Millionen.
Die reale Arbeitslosenzahl ist ohnehin weitaus höher: Nach Berechnungen des ZDF beziehen mittlerweile 6 Millionen Menschen Leistungen von der Agentur für Arbeit (Arbeitssuchende, Kursteilnehmer, Umschüler und Arbeitnehmer in der Warteschleife vor der Frühverrentung).
Rechnet man noch das zwischen 3 und 3,5 Millionen Köpfe zählende Heer der „stillen Reserve" hinzu, wird das wahre Ausmaß der Beschäftigungskrise offenbar.

-Ergänzung-

Volk, Nation und Sozialismus.

Vorbemerkung: Nachstehenden Aufsatz, niedergeschrieben von Per Lennart Aae im Jahr 1998, dokumentieren wir als Ergänzung zum Artikel „Nationalismus und Sozialismus – zwei Gegensätze?", enthalten in der Ausgabe 10. Wer nach wie vor der Ansicht ist, wir betreiben Wortspielereien und Verdrehungen mit den Begriffen volkssozialistisch oder dem nationalen, also dem deutschen Sozialismus, der irrt (national ist im übrigen lateinisch). Wir betonen nochmals, daß wir keine Nationalsozialisten sind, auch wenn wir verschiedene Persönlichkeiten zitieren, sondern stehen in der Tradition, wenn man es so nennen möchte, eines nationalen also eines deutschen Sozialismus. Aus verschiedenen Sichten heraus, vor allem aber aus der Konsequenz, hier zu benennen den Antiimperialismus, den Antikapitalismus, also der strikten Ablehnung des Globalismus und dem sozialistischen Aufbau Deutschlands als Gegenpol, sehen wir uns im Sinne eines „modernen" sozialrevolutionären Nationalismus. Briefe und Kommentare, die wir erhielten mit Anspielungen, wir seien zu sozialistisch, verurteilen wir auf das Schärfste. Hier wollen wir diejenigen begrüßen und zwar als Gefangene in der tiefsten und stockfinsteren Reaktion. Dies heißt für uns wiederum nicht, daß wir einem „Spaltungsprozeß" unterliegen, sondern wir wollen lediglich Impulse und skizzenhafte Grundlagen geben für eine geistige, soziale und nationale Erneuerung. Wir verweisen auch darauf unsere Zeitschrift nicht ganzheitlich sondern eher aufbauend anzusehen. D.h. was wir heute schreiben bzw. wiedergeben muß nicht zu 100 % im Einklang mit nachfolgenden Erscheinungen stehen. Wir orientieren uns nur an den drei Grundpfeilern sprich Volk, Nation und eben dem Sozialismus.

M. K.

„Die deutsche Revolution wird also in zwei großen Stufen sich abwickeln: 1. die sozialistische Revolution und die Zertrümmerung der kapitalistischen Ordnung und die Machtergreifung im Staat, 2. die Ablösung der kapitalistischen Ordnung durch den sozialistischen Aufbau. Die Verteidigung dieses Aufbaus mit allen Mitteln nach innen und außen."

Karl Baumann (1930), GSRN

Per Lennart Aae (1998)

Die Begriffe völkisch und national, besonders in Verbindung mit dem Begriff sozialistisch, gelten schon lange als „politisch unkorrekt", weil sie u.a. auch von den Nationalsozialisten verwendet wurden und seit nunmehr über fünfzig Jahren zu jenen „Unworten" gehören, die für eine Dimension des Denkens stehen, welche die politischen Machthaber am liebsten aus unserem Bewußtsein ausblenden möchten. Denn dieser völkisch-sozialistische Bezug in der Politik repräsentiert schon rein begrifflich das genaue Gegenteil von der zentralen Zielvorstellung des heutigen kapitalistisch-neoliberalistischen „Mainstreams", d.h. von jener amorphen, willenlosen, leicht manipulierbaren One-World-Massengesellschaft, deren Entstehung von den Vertretern und Hilfswilligen des internationalen Finanzkapitals mit allen Mitteln gefördert wird, und die offenbar letztlich der Errichtung einer plutokratischen Weltdiktatur dienen soll.

Auch dem Begriff Sozialismus an sich scheint nach dem Untergang der kommunistischen Systeme in Osteuropa eine ähnliche Behandlung wie die des Völkischen und Nationalen zugedacht zu sein. Während des Ost-West-Konflikts war der Sozialismus als Staatsideologie des von der sowjetischen Supermacht kontrollierten kommunistischen Machtblocks kaum in der Lage, eine seinem eigentlichen Wesensgehalt gemäße Rolle in der lebendigen politischen Auseinandersetzung zu spielen. Dementsprechend hatten die westlichen, insbesondere die Bonner, vom internationalen Finanzkapital kontrollierten Machthaber auch keine Bedenken, eine Art „linke" Spielwiese zu dulden, auf der blasierte Bürgersprößlinge, bornierte Politspinner und zum Teil rein kriminelle Elemente verschiedener Couleur die fast grenzenlose Narrenfreiheit besaßen, den Sozialismus im antinationalen, antivölkischen und damit insbesondere auch antiproletarischen (!) Sinne auszulegen und als Alibi für kriminelle Gewalt und asoziales Verhalten zu mißbrauchen. In Deutschland wird diese politkriminelle Szene, die nie eine wirkliche politische Potenz besaß, von den BRD-Machthabern und ihren Geheimdiensten nach wie vor systematisch dazu instrumentalisiert, durch Terror und Gewalt die Entstehung einer nationalbewußten, völkisch und sozial orientierten Volksbewegung in diesem Land und die freie Diskussion über einen, heute dringender denn je benötigten, authentischen Deutschen Sozialismus zu verhindern.

Erst durch den Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereichs ist der Sozialismus aus den Ketten der Machtpolitik befreit worden und kann sich nun seiner eigentlichen geschichtlichen Bestimmung wieder voll zuwenden. Diese Bestimmung ist auf keinen Fall die Schaffung irgendeiner, im Gegensatz zur Volksgemeinschaft stehenden Internationale, in der zwangsläufig gerade der unterprivilegierte Arbeiter seine soziale Identität und Sicherheit verlieren müßte. Ganz im Gegenteil, denn die Zersetzung der Volksgemeinschaften und der gewachsenen ethno-kulturellen und sozialen Netzwerke wird ja heute in der Tat nicht nur angestrebt, sondern mit brutalster Rücksichtslosigkeit auch erfolgreich betrieben, und zwar von den Vertretern der internationalen Hochfinanz und ihren politischen Erfüllungsgehilfen in den westlichen Regierungen und Meinungskartellen, also von den neoliberalen Gegnern des Sozialismus. Die verheerenden Folgen für die Völker und ihre Kulturräume sind bekannt, insbesondere auch die Folgen für die sozial Schwachen, die am stärksten auf ihre kulturellen Wurzeln und auf die nationale und soziale Solidarität angewiesen sind.

Nein, die geschichtliche Bestimmung des Sozialismus ist nicht die Zersetzung der Volksgemeinschaft, sondern ihre Stärkung, und zwar durch die Emanzipation der Unterprivilegierten. Früher ging es dabei um die Situation der verarmten nichtbesitzenden Landbevölkerung und um die unhaltbaren Lebensverhältnisse des lawinenartig anwachsenden Industrieproletariats. Die emanzipatorische Wirkung der sozialistischen Idee und die integrative Kraft des nationalen Gedankens und des völkischen Kulturbewußtseins trugen damals in Deutschland – völlig unabhängig von den unterschiedlichen Hintergründen oder den vordergründigen Motiven der agierenden Persönlichkeiten, wie etwa Bismarck und Lassalle – entscheidend dazu bei, eine stabile Volks- und Leistungsgemeinschaft zu schaffen, die über Kriege, Niederlagen und schwerste Krisen hinweg bis zum heutigen Tage gehalten hat.

Heute droht diese Gemeinschaft, auseinanderzubrechen, weil eine verantwortungslose, ja verbrecherische Erfüllungspolitik **zu Gunsten eines immer mächtiger werdenden, volksfremden internationalen Finanzkapitals das Volk wieder in**

Klassen spaltet, und zwar diesmal in die Klasse derer, die in den immer einseitiger werdenden Arbeitsprozeß integriert sind, und die Klasse der anderen, die es mehr oder weniger nicht sind.

Erstere werden immer häufiger auf eine übernationale Firmen- oder Geschäftskultur eingeschworen, die sie von ihrem Volkstum trennt und entfremdet. Letztere bleiben auf eine nationale Kultur angewiesen, die mißachtet wird, zusehends verfällt und immer stärker zur inhaltslosen Hülse degeneriert. **So entsteht, wie schon so oft in der Geschichte, eine neue Klassengesellschaft**, die das Volk nicht nur in materieller, sondern darüber hinaus auch in geistiger und kultureller Hinsicht spaltet. Hier ist der Sozialismus erneut gefordert, wie zur Zeit Lassalles und Bebels, durch emanzipatorische Konzepte und Forderungen der von der kapitalistischen Krebsgeschwulst verursachten Spaltung im Volk entgegenzuwirken. Heute kann dies in Deutschland jedoch nur auf der Grundlage eines Deutschen Sozialismus oder, allgemein ausgedrückt, auf einer nationalen, völkisch-sozialistischen Grundlage geschehen. Denn auf Grund des ungeheueren Machtmißbrauchs übernationaler Kräftekonstellationen, der bis in die kleinsten Bereiche menschlicher Arbeit und Kultur hineinwirkt, und der unübersehbaren Erosions- und Verschleißerscheinungen der einzelnen menschlichen Lebensräume, d.h. der Vaterländer und der heimatlichen Regionen, durch globale Ausbeutungsstrategien ist es geradezu unübersehbar geworden, daß gesellschaftliche Emanzipation heute nur möglich ist, wenn sie mit der Wiederinstandsetzung intakter Volksgemeinschaften und nationaler Lebensräume einhergeht.

Eine andere, kürzere Formulierung dieser wichtigen Erkenntnis lautet: Völkisches und sozialistisches Denken sind eng verwandt, wenn nicht gar identisch gleich. Sie gehen aus den Emanzipationsbestrebungen hervor, die historisch notwendig waren und noch sind, um erstarrte oder degenerierte, dem lebenden System Volk und Land entfremdete Gesellschaftsformen und Machtstrukturen zu beseitigen und die Einheit von Volk und Nation, das heißt die Kongruenz der kleinsten Teile eines Volkes – Familie, Sippe, Heimat, soziale und berufsständische Schichtungen – mit der Gesamtnation und letztlich mit dem Staat wiederherzustellen. Im Jahre 1789, zu Beginn der großen Französischen Revolution, wurde genau dieser Emanzipationswille vom Grafen Mirabeau in der Französischen Nationalversammlung sinngemäß wie folgt formuliert: *Der Dritte Stand ist nicht nur ein Teil der französischen Nation, er ist die französische Nation.* 200 Jahre später, zu Beginn des Zerfallsprozesses der von den Siegern des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Nachkriegsordnung, formulierten die Mitteldeutschen das gleiche Anliegen ähnlich, aber kürzer: **WIR SIND DAS VOLK.**

Der Kampf der Völker um nationale Identität und Unabhängigkeit schließt aber keineswegs eine internationale Solidarität aus. **Insbesondere:** Jedes Land, das gegen Machtansprüche und Übergriffe des von der Hochfinanz bestimmten internationalen Gängelungs- und Repressionskartells, etwa des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation, der Supermacht USA oder der NATO, seine Unabhängigkeit und Würde verteidigt, verdient die Sympathie und die Unterstützung aller national orientierten politischen Bewegungen der Welt, und zwar unabhängig von dem im betreffenden Land herrschenden politischen System. Das gilt für China, Nordkorea, Kuba, Irak und viele andere Staaten, die heute mehr oder weniger starkem Druck der sogenannten „internationalen Gemeinschaft" ausgesetzt sind.

Denn der völkische Gedanke ist universell, nicht auf ein einzelnes Volk beschränkt, und die Freiheit eines Volkes, sein eigenes Leben, seine Wirtschaft und seinen Lebensraum zu gestalten, steht als Prinzip höher als jede Staatsform oder politische Ideologie (Völkischer Primat).

Armut in Deutschland wächst.



Im Zuge des totalen sozialen Kahlschlags durch die Bundesregierung und mit dem Namen AGENDA 2010 steigt die Armut in Deutschland. Laut Ulrich Schneider, Bundesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, wird folgendes eintreten: *„Durch die Senkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau müssen ab 2005 mittelfristig noch einmal 1,7 Millionen Menschen mehr auf dem Armutslevel leben."* Die Armutsquote wird in Deutschland von derzeit 3,7% auf 7 % ansteigen. Noch katastrophaler wirken sich die „Sozialreformen" bei den unter 18-jährigen aus. Hier wird die Quote auf insgesamt 10 % ansteigen also etwa 1,5 Millionen sozialschwache Jugendliche!

-Auf verlorenem Posten-

Machtkampf innerhalb der PRO.



Die „rechte" Spießbürgerpartei PRO hat ihren Gründer und den bereits gefeuerten Hamburger Landesvorsitzenden Roland Schill endgültig aus der Partei entfernt. Ein Grund war unter anderem seine Politikunfähigkeit. Daraufhin bildete Schill eine Fraktion, welche sich aus fünf Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten zusammensetzt. Schill untersagte nunmehr auch der PRO zukünftig seinen Namen zu tragen.

Somit hat die Partei ihren wohl „fähigen" Kopf verloren, da sich der Rest der Partei nur aus Rechtsreaktionären und vormals gescheiterten Politkarrieristen zusammensetzt und wir aus dieser Politecke sicher nichts mehr zu erwarten haben.

Dies ist jedoch positiv zu werten. Wer die Marktwirtschaft propagiert, gekoppelt mit bürgerlich nationalen Phrasen zeigt wessen Geisteskind er ist. Während der letzten Hamburger Bürgerschaftswahl verabschiedete sich die PRO mit nur 0,4 % aus der erwähnten Bürgerschaft.

Nach dieser Wahl kündigte Schill seine Auswanderung nach Südamerika an. SPD und CDU erfreuen sich indes der übernommenen Stimmen. Die Mitgliederzahl der PRO hat sich nach der Wahl auf Bundes- sowie auf Landesebene um die Hälfte verringert.

Längerfristig gesehen ist mit dem allmähligen aber endgültigen Verschwinden dieser rechtsliberalistischen Partei von der politischen Bildfläche zu rechnen.

Es ist erkennbar wohin die Reise gehen würde, sollten Parteien dieser Art das Sagen im Land innehaben.

Wir halten fest, daß Schulterschlüsse mit Parteien wie hier der PRO oder der österreichischen Haider FPÖ nicht eingegangen werden dürfen.

„Es liegt an uns, uns möglichst schnell aus der kompromittierenden Nachbarschaft dieser bürgerlichen Halbstarken zu verdrücken. Sonst sind wir verloren."

Dr.J.G.

Zeitschriften -Besprechung-

lesenswerte national erscheinende Zeitschriften und Publikationen

Wie der Untertitel des LEITHEFT schon vermuten läßt, handelt es sich um ein Mitteilungsblatt, das schon auf einige Jahrzehnte Existenz zurückblicken darf. Bei Abfassung dieses Textes gibt es 160 Ausgaben, wobei im Sommer 2004 hoffentlich mit der Nummer 161 gerechnet werden darf. Pro Jahr erscheinen zwei bis vier Ausgaben. Die Erscheinungsweise ist seit wenigen Jahren leider nicht mehr ganz so regelmäßig; doch dazu weiter unten.

Der Rundbrief erscheint auf etwa 36 DIN-A5 Seiten. Die Gestaltung an sich ist wenig aufwendig – größtenteils sind die Seiten unbebildert, enthalten dafür aber mehr Text und somit mehr Informationen. Wenn Bilder zu sehen sind, dann private Fotos aus dem Krieg oder seltene Zeichnungen. Zudem werden die in jeder Ausgabe zu lesenden Sinnsprüche bzw. Gedichte einfach, aber ansehnlich eingekleidet. Bilder wie Texte sind oft unveröffentlicht oder zumindest eher unbekannt, so daß der Leser hier etwas Besonderes vor sich hat.

Zu den Verfassern des LEITHEFT gehören regelmäßig bekannte Zeitzeugen und spätere Nachkriegsautoren wie Lothar Greil, Willy Hillen, Heinz Drenger u.v.m.

Die Beiträge widmen sich in der Regel Erlebnisberichten, Nachrufen auf verstorbene Kameraden, Richtigstellungen zu zeitgeschichtlichen Lügen (hier besonders immer wieder zum Rußlandfeldzug), aktueller Tagespolitik und Buchbesprechungen. Gelegentlich werden darüber hinaus Inhalte früherer Feldpostbriefe und anderer Dokumente abgedruckt.

Auch Kultur kommt im LEITHEFT nicht zu kurz. Je nach Jahreszeit beschäftigen sich Artikel mit germanischem Glauben und dem entsprechenden Brauchtum, wobei die Verfasser als ehemalige SS-Angehörige natürlich auf ihre Schulungen und frühere SS-Literatur und –Forschung beziehen können. Teilweise werden die Originaltexte faksimiliert abgedruckt.

Es bleibt festzustellen, daß die Inhalte des LEITHEFT durchweg gar nicht in die Hände derer gehören, die „die zwölf Jahre" miterlebt haben und sowieso vieles aus eigener Erfahrung besser wissen. Das LEITHEFT gehört in die Hände der Enkel- und (mittlerweile) Urenkelgeneration, der man das Großdeutsche Reich wider besseres Wissen als einzige Verbrechensmaschine verkaufen möchte.

Leider haben es die LEITHEFT-Herausgeber in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt, gezielt an die deutsche Jugend heranzutreten. Jetzt, da die Erlebnisgeneration ausstirbt, ist das Gejammer groß; Autoren, Leser und damit auch die Geldgeber schwinden aus biologischen Gründen. Die Folge: Aus finanziellen und organisatorischen Gründen erscheint der Rundbrief nicht immer pünktlich; so kommt es vor, daß man die Julfestausgabe erst im Februar erhält.

Aber für junge Leute ist das nicht schlimm: Das LEITHEFT ist immer lesenswert und informativ – jede Ausgabe zu jeder Jahreszeit. Daher ergeht hier die Empfehlung, gegen einen freiwillig zu entrichtenden Kostenbeitrag das LEITHEFT nicht nur im Festbezug anzufordern, sondern sich darüber hinaus möglichst viele alte Ausgaben zu sichern. **Bestelladresse: SCHILD-Verlag GmbH, Henschelstr. 7, 81249 München; Fernruf: 089/8641189.** Der SCHILD-Verlag bietet über das LEITHEFT hinaus eine Fülle von militärischer und zeitgeschichtlicher Literatur an – vor allem über die Waffen-SS.

Ein Vorschlag von dieser Seite zum Abschluß ist, daß sich die Herausgeber und Mitarbeiter des LEITHEFT zeitnah überlegen sollten, sich mit DER FREIWILLIGE zusammenzuschließen. Das LEITHEFT befindet sich – liest man die Vorworte der letzten Ausgabe – offensichtlich in einer Phase, in der Rettung nicht mehr erwartet werden kann. Die Gründer von DER FREIWILLIGE hingegen haben die Übergabe ihres Lebenswerkes in junge Hände geschafft. Ein finanzielle und personelle Kräftebündelung erscheint daher als sinnvoll.

Die Rezension wurde ausgearbeitet von H.U., man dankt!

-Protest-

NATO
-Sicherheitskonferenz zu München-

von Christian Klee



Die diesjährige Münchener Sicherheitskonferenz war wie üblich von ausnahmezustandsähnlichen Sicherheitsvorkehrungen begleitet und hochkarätig besetzt. Polizei und Sondereinheiten des Innenministeriums (=Bundesgrenzschutz) prügelten aufsässige Demonstranten auseinander und verhafteten insgesamt 259 Personen. Referenten waren die Außenminister Joseph Fischer (BRD), Kostyantyn Gryschtschenko (Ukraine), Solomon Passy (Bulgarien, auch derzeit Vorsitzender der OSZE) und Mian Khurshid Mahmud Kasuri (Pakistan), die Verteidigungsminister Sergej Iwanow (Rußland), Geoffrey Hoon (Großbritannien), Donald Rumsfeld (USA), Peter Struck (BRD), Michèle Alliot-Marie (Frankreich), NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, König Abdullah II. von Jordanien, die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel, US-Senator John McCain, sein Kollege Richard Lugar als Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen, Giora Eiland als Direktor des israelischen Nationalen Sicherheitsrates und Brajesh Mishra als Sicherheitsberater der indischen Regierung im Ministerrang.

Wir beschränken uns bei der Zusammenfassung auf die Manifestationen des neudeutschen Imperialismus, wie sie von Struck und Fischer vorgetragen wurden. Die NATO als Verkörperung des Westens und die UNO sollen gemeinsam für Stabilität im Irak sorgen, was erstens mit der Anerkennung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, gerechtfertigt durch Propagandalügen und zweitens mit der Sorge verknüpft ist, der westliche Imperialismus könne in Nahost eine Niederlage erleiden. Laut Fischer wird die BRD kein Veto gegen ein NATO-Engagement im Irak einlegen.

Die im gesamten arabisch-islamischen Raum tickende Zeitbombe soll durch eine gemeinsame Politik von EU und USA (NAFTA) entschärft werden. Gedacht ist hierbei an eine enge Kooperation auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, wobei letztere bei Fischer eindeutig kulturimperialistische Züge trägt. Als Vorbild schwebt Berlin die sogenannte Mittelmeerstrategie der EU vor. Der Raum zwischen Atlantik und Indus soll unter Rüstungs- und Sicherheitskontrolle gestellt werden, wobei Rüstungsbegrenzungen und Entwaffnung selbstredend nur für die islamisch-arabischen Staaten, nicht etwa für den neokolonialistischen Westen gelten sollen.

Fischer propagierte die Schaffung einer Freihandelszone (wie sie die EU im Mittelmeerraum bis 2010 etablieren wird), welche von gezielter Öffnung der europäischen und nordamerikanischen Märkte für „transnational hergestellte Produkte" begleitet werden soll. Im Klartext soll der gesamte islamische Raum unter Androhung politischer, militärischer und wirtschaftlicher Pressionen für die transnationalen Konzerne der Industriestaaten geöffnet werden.

Struck assistierte dem „Führer" der Grünen, indem er sich für Erhalt und Stärkung der NATO aussprach. Das transatlantische Bündnis sei fortan auf globale Aktionsfähigkeit auszurichten, damit es Bedrohungen „unserer Sicherheit" auszuschalten vermag. Hierfür empfehlen die bundesdeutschen Neoimperialisten eine gemeinsame Sicherheitskonzeption von EU und USA, welche Grundlage einer gleichberechtigten transatlantischen Zusammenarbeit innerhalb der NATO sein soll. Seitens der BRD und der EU behält man sich allerdings eigenständige Interventionen ziviler wie militärischer Natur vor. Struck bekannte sich auch zur von den Amerikanern seit Jahr und Tag geforderten Modernisierung der europäischen Streitkräfte.

Infos auch unter:
www.die-kommenden.net

-Über Deutschland-

Bis nach Japan geht das Kopfschütteln über Deutschland.
Der...japanische Germanist Kanju Nishio sagt: „Die Deutschen begreifen ihre Vergangenheit als Verbrechen und verwerfen **Stolz und Selbstachtung für ihr Volk**.
Die gesamte Literatur, Philosophie, Geschichtsschreibung und alle geistigen Aktivitäten kehren ohne Unterlaß, wie gebannt – und zum **Erbrechen eintönig** – auf das Thema, Vergangenheitsbewältigung zurück.
Durch die Strategie der **Selbstverneinung und ethnischen Selbstauflösung** des deutschen Volkes ist von diesem Volk auf geistigem Gebiet – mit dem beklagenswerten Niedergang der deutschen Geisteskultur in Literatur, Kunst und Philosophie – **überhaupt nichts mehr zu erwarten.** In **einem halben Jahrhundert** wird das deutsche Volk in **vermischtem Zustand** anzutreffen sein, daß für die Wissenschaft nichts mehr hergibt. Dann wird man das Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts…wie das antike Griechenland **zum Gegenstand der Forschung machen.**"

Quelle: Die Rundschau,
bei Karl-Heinz Sommer,
PF 10 09 18, 99 00 9 Erfurt

-Standortbestimmung-

Nationalismus und Klassenkampf.

Einführung: Nachfolgend dokumentieren wir einen Aufsatz zur obenstehenden Überschrift, welchen wir der Broschüre „Sozialrevolutionärer Nationalismus", seinerzeit (1930) erschienen im Verlag „Die Kommenden", entnahmen. Interessanterweise besitzt gerade dieser Aufsatz, noch nach über 70 Jahren, eine gewisse Aktualität in Bezug auf den Gegensatz der arbeitenden Massen und dem nationalen Kapitalisten auf der anderen Seite. Wir halten ausdrücklich fest, daß wir uns von romantisierenden und schönklingenden Phrasen entfernten, die uns momentan unzeitgemäß und zugleich anbiedernd an westliche Werte erschienen. Das Ziel, die Schaffung einer Gemeinschaft, kann lediglich durch die Überwindung dieser Werte und alle diese schützenden Kräfte erreicht werden. Für uns steht an dieser Stelle fest: Der Feind ist der national und international agierende Groß- (Globalisierer) sowie der systemschützende Kleinkapitalist (das profitierende Fünftel der Gesellschaft), zweiter kann auf Grund seiner Tätigkeit derzeit keinen Volksgenossen darstellen. Daher: Überwindung der Klassengesellschaft heißt zugleich Überwindung des systemschützenden Kleinkapitalisten, bzw. dessen heiligen Dogma des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit dem fernen Ziel der wahren und gerechten Volksgemeinschaft.

M.K.

Georg Osten

„Man braucht durchaus nicht der These von Karl Marx zuzustimmen, wonach alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sei, um anerkennen zu müssen, daß dieser Satz für unsere heutige Zeit wenigstens durchaus zutreffend ist. Es ist nicht zu leugnen, daß alle Kämpfe außen- wie innenpolitischer Art sich auf der Ebene des Wirtschaftskampfes abspielen.

War es noch vor wenigen Jahren fast unmöglich, in Kreisen, die sich national oder auch nationalistisch nannten, vom Klassenkampf als einer geschichtlichen Notwendigkeit zu sprechen, so ist hierin durch die Ereignisse der letzten Jahre eine bemerkenswerte Wandlung eingetreten. Es gehörte ehemals sozusagen zum guten Ton, den Klassenkampf als eine heimtückische Erfindung von Juden und Freimaurern hinzustellen, die in irgendwelchen geheimnisvollen Zusammenkünften die Vernichtung des deutschen Einheitsvolkes beschlossen hätten. Daß hier eine Entwicklung vor sich gegangen war, die im Rahmen des kapitalistischen Systems durch das Anwachsen der industriellen Erzeugungsmöglichkeiten bedingt war, wollte man nicht sehen. Erst in den letzten Jahren wuchs das Verständnis für das Zeitbedingte und Natürliche dieser Vorgänge, die man Klassenkämpfe nennt. Und schon ist man wieder dabei, von befreundeter Seite aus zu erklären, dieser Begriff sei heute doch eigentlich schon überwunden, da ja keine besitzende Klasse im alten Sinne mehr vorhanden wäre, und schließlich jeder Direktor auch des größten Konzerns nur Angestellter des anonymen Kapitals sei.

Zweifellos steckt in diesem Einwand etwas Richtiges. Nur vergißt man, daß es hier zuletzt auf die Tatsachen ankommt, daß ein sehr erheblicher Teil des deutschen Volkes aufgrund seines bürgerlichen (Klassen-) Bildungsvorrechts und der sinnlosen Verzerrung des Begriffes „national" gleich „eigentumschützlerisch" sich bewogen fühlt – auch ohne im eigentlichen Sinne selbst zur besitzenden Klasse zu gehören – sich vor die zahlenmäßig kleine Gruppe der tatsächlichen Kapitalisten zu stellen und dadurch den Begriff dieser Klasse zu stabilisieren. Hinzu kommt, was durchaus nicht unterschätzt werden darf, daß sehr starke Teile des enteigneten Mittelstandes hoffen, eine Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen Verhältnisse zu erleben und dadurch selbst wieder zu kleinen Kapitalisten zu werden.

Man hat im weitaus größten Teil der Bourgeoisie noch gar nicht erkannt, daß sich vor unseren Augen ein Vorgang abspielt, den man in gewissem Sinne schon eine Art von „Expropriation der Expropriateure" nennen kann, wenn auch vorerst diese Expropriation zugunsten der Hochfinanz als der international führenden Weltmacht erfolgt ist. Übrigens ist diese Entwicklung vor vielen Jahrzehnten von Marx und seinen Mitarbeitern vorhergesehen worden. Und es ist nicht ohne Interesse, in diesem Zusammenhang die Worte eines bekannten Sozialreformisten anzuführen:

„Immer gewalttätiger gestalten Kapital und Arbeit die Machtmittel, die sie in ihren Klassenkämpfen aufbieten. Immer riesenhafter werden die Kämpfe, immer umfassender ihre Ziele; immer mehr bewegen sie die ganze Gesellschaft, immer mehr werden alle Klassen an ihren Ergebnissen interessiert. Diese sozialen Kämpfe werden immer mehr zum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens unserer Zeit. Das, und nicht die Milderung der Klassengegensätze, ist die Folge der Überwindung der kapitalistischen Verelendungstendenz durch ein in siegreichen Klassenkämpfen emporsteigendes Proletariat." (Karl Kautsky im Heidelberger Programm der SPD)

Wir sind allerdings geneigt, das Wort von den siegreichen Klassenkämpfen des Proletariats bis auf weiteres stark in Zweifel zu ziehen. Gerade wir Sozialrevolutionäre, die wir aus der Erkenntnis der deutschen Position die einzig mögliche Folgerung im Bekenntnis zur proletarischen Klassensolidarität zogen, sehen heute eher eine zunehmende Festigung der kapitalistischen Klassenherrschaft als ein aktiveres Anschwellen des Klassenkampfes. Die besitzende Oberschicht aller Völker – die, nebenbei bemerkt, einen überwältigenden Anteil reinrassiger Arier aufweist – hat es glänzend verstanden, in kritischen Augenblicken durch geschickte Spekulation auf die Mentalität der mittleren und unteren Bürgerschichten sich Hilfstruppen zu sichern, die für die angeblich bedrohten Grundlagen aller Sittlichkeit und Kultur, das Privateigentum, sich in bewundernswerter Selbstlosigkeit zu opfern bereit sind.



Wir, die wir die bürgerliche Abneigung gegen feststehende Werte wie Proletariat, Bourgeoisie und Klassenkampf, wenn wir sie überhaupt je empfanden, längst und gründlich überwunden haben, kamen aus dem Begreifen der Lage Deutschlands zu der Überzeugung, **daß das Geschick dieses Landes und Volkes, dem unsere leidenschaftliche Liebe gehört, in Zukunft einzig und allein noch geformt werden kann durch jene Klasse, die sich mit Recht die proletarische nennt**. Wir denken nicht daran, aus sentimentalen Bedenken durch das Erfinden neuer Begriffe und Worte von neuem einen Wall zwischen uns und unseren Kameraden aufzurichten. Wir selbst als besitzlose, dem kapitalistischen System wehrlos ausgelieferte Menschen wissen und erkennen an, daß uns mit denen, die sich auch heute noch schützend vor das herrschende System unter den verschiedensten Bannern und Bewegungen stellen, nur noch eines verbindet: unüberwindliche Feindschaft.

Gerade wir – als Nationalisten – lösen um der Nation willen die einmal geglaubte Volksverbundenheit mit Teilen unseres Volkes auf, die diese selbst durch ihr Handeln verspielt haben. Das ist die Zerreißung des Volkes in Klassen. Wir bedauern diese Zerreißung nicht. Ihr herrschendes System bedeutet Unfreiheit, Unterwerfung der Nation unter anonyme Mächte, bedeutet Entrechtung der arbeitenden Massen zugunsten einer Schicht, die mit Führungsansprüchen auftritt, deren Berechtigung wir nicht anerkennen. Wir haben uns überzeugt, daß auch die Kreise, die mit faschistischen Mitteln ein „Drittes Reich" erkämpfen wollen, grundsätzlich an den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen nichts zu ändern willens sind. Die von dort ausgegebenen Losungen haben uns, wie wir zugeben müssen, eine zeitlang täuschen können; nachdem wir ihre Hohlheit erkannten, ziehen wir die Folgerungen.

Wir bejahen den Klassenkampf, der der Arbeiterschaft von der anderen Seite ja erst aufgezwungen worden ist, als eine Tatsache. Wir tun es nicht um irgendeiner abstrakten Idee willen, sondern weil man politische Realitäten nicht aus der Welt schaffen kann, indem man vor ihnen die Augen verschließt. Wir wissen aber, daß unser Ziel nur erreicht werden kann durch schärfste Aktivierung der vorhandenen Gegensätzlichkeiten. Wir wollen keinen Ausgleich, keine Reform, sondern die klare Entscheidung. Diese Entscheidung wird einmal über die vorübergehende Diktatur der Ausgebeuteten führen; was an uns liegt, um diese Diktatur herbeizuführen, werden wir tun. Nicht aus romantischer Ideologie, sondern weil wir überzeugt sind, daß nur dieser Klasse gelingen wird, die anderen Gruppen sich einzugliedern, aufzusaugen und damit zu ihrem Verschwinden und zum **Gegenstandsloswerden des eigenen Klassenbegriffs zu kommen.**

Daß für eine solche Entwicklung internationale Verbindungen zu anderen unterdrückten Völkern und zu den proletarischen Klassen in allen Ländern von großer Bedeutung sein können, liegt auf der Hand; ob sie es tatsächlich werden, wird durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei den betreffenden Gruppen und Staaten bestimmt. Auf jeden Fall aber hat der deutsche Nationalismus, der ein entschiedener und grundsätzlicher Gegner jeder Kolonialpolitik und des Imperialismus ist, keinen Grund, irgendeine Möglichkeit zurückzuweisen, die ihm zur Erreichung seiner Ziele nützen kann. Wir wissen, daß ein Gedeihen unseres eigenen Volkes am besten dann gesichert ist, wenn auch in anderen Staaten die heute unterdrückten Klassen die Macht ergreifen. Wir wissen, daß ein auf der Grundlage des Rätesystems sich selbst verwaltendes Volk eher in der Lage sein wird, imperialistischen Eingriffen einig und geschlossen entgegenzutreten, als das ein heutiges Deutschland sein kann.



Deutsche Arbeiterschaft während des Aufstandes am 17. Juni 1953

Wir wollen die Einheit der Nation, die Blüte und Freiheit Deutschlands. Es ist uns klar geworden, daß dieses Ziel dasselbe ist, das mit teilweise anderen Bezeichnungen das deutsche Proletariat erstrebt. Unsere Frontstellung gegen den Kapitalismus, gegen den Imperialismus, gegen deren Träger und Schutzgarde, die Bourgeoisie, ordnet uns von selbst dem Proletariat ein. Wir begrüßen diese gemeinsame Front mit der Arbeiterschaft. Es ist nur eine Selbstverständlichkeit, daß wir in dieser Einheit auch den Weg zum gemeinsamen Ziel bejahen, den Weg des Proletariats, in dem heute bewußt und unbewußt allein die Nation lebt.

Dieser Weg heißt Klassenkampf. Das Ziel ist die Nation."

Nachtrag:

Es ist nachträglich noch einmal festzustellen, daß der Gegensatz zwischen der arbeitenden Masse und der zahlenmäßig geringen Gruppe der Kapitalisten auch in einem Jahr 2004 klaffender denn je ist. Zu den Systemschützlingen, die auch wir verachten, sei, einfach ausgedrückt, angemerkt: Sind die Finanzen gesichert schreien sie nach *„EU – Osterweiterung"* nach *„NATO und UNO"* und treten voller Euphorie ein, für ein durch fremde Kulturen zersetztes Deutschland. Erschöpfen sich ihre Finanzeinnahmen rufen sie in aller Verlogenheit nach der *„Nation"* und greifen nach der *„Fahne"* aber auch nur um wieder in den Besitz ihres materialistischen Privateigentums zu gelangen. Nicht mit uns, denn dies ist nicht unsere Front! Ihre Klasse gehört es zu überwinden trotz der Katastrophenpolitik und der durch ihre Klasse mitverschuldeten und jährlich steigenden Zuwanderung. **Um** diese Thematik zu verdeutlichen, erfolgt in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift, der umfassende und teilweise programmatische Aufsatz von **Michael Meinrad**: ***„Die Antwort des Neuen Nationalismus"***.
Auftretende Fragen zu der Thematik Klassenkampf und schützendem Bürgertum werden hier noch einmal genauestens untersucht.

Die Losung aber bleibt umfassend:

Heute Klassenkampf! - Morgen Volksgemeinschaft!

-zur EU - Osterweiterung-

EUROPA stirbt...

...wenn wir es nicht verhindern!

von T. Brehl

In wenigen Jahren könnten Europas Hauptstädte bereits ihr Gesicht so verändert haben, daß wir sie nicht wiedererkennen. Die multikulturelle Traumblase der heute Herrschenden wird zerplatzen und die Utopisten schon sehr bald auf den Boden der ebenso harten wie bedrohlichen Tatsachen zurückbefördern. Die Völker Europas müssen der Herausforderung durch islamistische Religionsfanatiker gemeinsam begegnen. Die Parole muß von nun an heißen: EUROPA ERWACHE!

Ich glaube, wir können uns alle schon mal langsam anschnallen und das Rauchen einstellen, die ruhigen Jahre sind ein- für allemal vorbei! Überall gärt es und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die Islamiten in Deutschland genau so frech werden, wie sie es z.B. in Frankreich schon sind (Kopftuchaffäre!). Nein, lieber Staatsanwalt, es geht hier nicht darum alle Ausländer zu Minderwertigen zu stempeln oder ihnen gar das Lebensrecht abzusprechen. Es geht auch nicht um den italienischen Eisdielen-Betreiber, der hier seit 40 Jahren Steuern zahlt. Und es geht schon gar nicht um ein dumpfes „Ausländer raus!" vergangener Tage. Es geht heute um die ganz konkrete Bedrohung, die von Religionsfanatikern der islamischen Welt ausgeht, um jene Bedrohung also, die am 11. März des Jahres 2004 durch zahlreiche Bombenexplosionen in Madrid ihren sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Wir müssen befürchten, daß diese Terrorakte nur der Auftakt zu einem nicht enden wollenden Angriff auf unsere abendländische Kultur sein werden.

Nicht nur unser Volk, nein, ganz Europa muß die Islamiten und darüber hinaus gleich alle Religionsfanatiker aus allen Teilen der Welt als Bedrohung empfinden, dann erst sind wir einen großen Schritt weiter. Wenn es ihnen ans Leder geht, werden die Menschen nach uns rufen, auf die Hilfe der Multi-Kulti-Demokraten brauchen sie nicht zu hoffen, das wissen sie nur zu genau. Odin sei Dank konterkarieren die immer militanter auftretenden Ausländer mehr und mehr die multikulturelle Legende, man müsse nur zu allen lieb und nett sein, dann wären die das auch zu uns. Man kann vielleicht noch mit politischen Revolutionären reden oder verhandeln, wir sind ja selber welche, mit religiösen Fanatikern aber gibt es keine Diskussionen. Große Umwälzungen stehen uns bevor und alles wird davon abhängen, ob wir da irgendwie mitmischen und politisch davon profitieren können. Darauf hat sich jetzt alles zu konzentrieren und wenn große Teile des Nationalen Widerstandes weiter irrsinnige Grabenkriege gegeneinander führen wollen und nicht bereit sind, den Blick auf das wesentliche zu richten, dann haben wir verloren und unsere geschichtliche Existenzberechtigung ist ein- für allemal verwirkt.

Reicht jetzt jedem Kameraden die Hand, es geht um unser aller Schicksal und längst nicht mehr um irgendeine „reine Lehre", die sich gegen andere Mitkämpfer wendet, nur weil diese vielleicht irgendwelchen strengen Vorgaben vergangener Zeiten nicht entsprechen. Wenn die Letzten, die noch an Deutschland und seine Zukunft glauben jetzt nicht zusammenhalten, sind wir in der kommenden Auseinandersetzung chancenlos! Das Gleiche gilt für die Nationalisten der anderen Völker Europas.

Über 50% der Einwohner der islamischen Länder sind unter 25 Jahre alt, da entsteht eine ungeheure „Sprengkraft" und Dynamik und ein gewaltiger Bevölkerungsdruck. Dem werden wir bald nichts mehr entgegen zu setzen haben. Die Uhr läuft und wenn wir zu keiner großen Kraftanstrengung mehr in der Lage sein werden, wird eine riesige, kraftvolle, unverbrauchte Garde blutjunger Religionsfanatiker das „Alte Europa" einfach hinwegfegen! Das wäre dann zwar auch eine Art von Sozialdarwinismus aber gleichzeitig auch das Ende all dessen, wofür viele Generationen besten europäischen Blutes gelitten, gekämpft und geopfert haben. Der Welt größter und erfolgreichster Kulturraum würde für immer verschwinden und nichts würde mehr an die großartigen, schöpferischen Taten der Töchter und Söhne gerade unseres Volkes erinnern, so weit darf es einfach nicht kommen!!!

Wenn wir uns weiterhin aufregen über die Arbeitslosenzahlen, die Rentenkürzungen, die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, die Medikamentenzuzahlung, die Praxisgebühr, die Nettozahlungen an die EU und all die anderen unübersehbaren Anzeichen des Niederganges des bundesdeutschen Sozialstaates, dann dürfen wir dabei aber die wirkliche Bedrohung nicht aus den Augen verlieren. Sparen wir uns die Aufregung über tagespolitische Fragen, schon längst geht es um viel mehr als um die Frage ob der BRD-Sozialstaat gerettet werden kann. Es geht nur noch darum, ob es in Zukunft einen deutschen Staat in einem abendländisch geprägten Europa überhaupt noch geben wird!

Lassen wir uns nicht länger für dumm verkaufen, öffnen wir den Verblendeten die Augen und holen wir die schon lange geballte Faust endlich aus der Tasche! Nicht das Überleben des Nachkriegskonstrukts „BRD" steht zur Debatte, sondern 2.000 Jahre abendländische Geschichte und Kultur, die für uns stets durch den Reichsgedanken verkörpert

„Nein. Ich schätze Regierungschef Erdogan. Ich habe große Hochachtung vor den Türken. Aber am Ende steht eine islamische Republik. Sie hat heute 70 Mio. Einwohner. Bald wäre sie die größte Nation der EU. 10 Mio. Türken würden nach Deutschland zuwandern. Es gäbe keine deutsche Nation mehr – und kein Europa, wie wir es kennen. Es käme zum Kulturschock – und zur Gewalt.“

wurde!

Es ist schon eine Verantwortungslosigkeit ganz besonderen Ausmaßes und Ausdruck völlig fehlenden Geschichtsbewußtseins, anläßlich der immer deutlicher werdenden islamitischen Bedrohungslage, einen Beitritt ausgerechnet der Türkei zur EU zu fordern, bzw. vorzubereiten. Anläßlich seines 80. Geburtstages sagte die Journalistenlegende Peter Scholl-Latour am 09.03.2004 in einem BILD-Interview auf die Frage, ob die Türkei Vollmitglied der EU werden solle:

Keine deutsche Nation mehr, kein Europa, wie wir es kennen, Kulturschock, Gewalt...? Wie deutlich muß man es denn dem Volk und der Welt noch kund tun? Zu oft hat Peter Scholl-Latour mit seinen weitsichtigen politischen Prognosen Recht behalten, als daß man seine mahnenden Worte einfach abtun oder in den Wind schlagen könnte.

„Rechts-extremist“ ist er auch nicht und seine Sachkunde wird von kaum jemandem ernsthaft in Zweifel gezogen.

Europäer, höret die Signale! Die Weltgeschichte rüstet zu einem Leichenbegängnis, wie die Welt es seit dem untergehenden Rom nicht mehr gesehen hat! Und wir sind nicht nur Zeugen, sondern Opfer dieser Entwicklung. Und nicht nur wir Lebenden, sondern auch die in die Ewigkeit eingegangenen Vorkämpfer des gesamten europäischen Kulturraums, von den Mannen Prinz Eugens bis hin zu den Freiwilligenverbänden der ersten gesamteuropäischen Armee:

Der Waffen-SS.

Neben der Bedrohung durch Terroristen aus allen möglichen arabischen Ländern, gibt es darüber hinaus auch keine Garantie für die innenpolitische Stabilität der Türkei. Schon morgen können dort islamistische Fundamentalisten die Macht ergreifen. Ist die Türkei bis dahin Vollmitglied der EU, wäre eine Katastrophe praktisch nicht mehr mit friedlichen Mitteln aufzuhalten. Wenngleich die heute Herrschenden wohl nicht mehr aus ihrem multikulturellen Wolkenkuckucksheim erwachen werden, so wird es gleichwohl für die Menschen in ganz Europa ein böses Erwachen geben. Es hat nämlich, wie Erich Kästner es einmal so richtig formulierte, im Falle einer drohenden Überschwemmung keinen Zweck darauf zu hoffen, daß die Flut allmählich Vernunft annimmt, sondern nur der rechtzeitige Bau von Dämmen erweise sich als geeignete Maßnahme zur Verhinderung des Desasters.

Die immer wieder eingeforderte Toleranz der Kulturen ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit und wenn Europa jetzt erklärt, aus einer pazifistischen Grundhaltung heraus nicht mehr kämpfen zu wollen, so beseitigt es nicht den Kampf als solchen, sondern nur sich selbst. Andere werden für ihre abstrusen religiösen Vorstellungen kämpfen und sie werden dabei leider auf sehr wenig Widerstand stoßen, wenn wir uns nicht zu den Vorreitern der geistigen Wehrhaftigkeit des abendländischen Europa machen wollen oder können. Nur aus dem Nationalen Widerstand heraus kann jene Kraft erwachsen, die der heraufdräuenden Gefahr Einhalt gebieten kann. Wenn wir aber diese historische Aufgabe annehmen, an ihr wachsen und stärker werden, dann können wir uns mit Fug und Recht nicht nur als die Bewahrer abendländischer Tradition sehen, sondern auch als die Garanten ihrer Zukunft!

Will Deutschland überleben, will Europa sein europäisches Gesicht bewahren, gibt es nur eines:
Schluß mit der millionenfachen Masseneinwanderung!
Kein Beitritt zur „EU“ für Nichteuropäer wie die Türken!
Bewahrung des abendländischen Europa mit seiner 2.000jährigen Kultur!
Kein islamistisches Europa durch die multikulturelle Hintertüre!

Der Reichstag im Jahr 2020?



Hinweis! Dieser Text ist mit geringfügigen Änderungen als 4-seitiges Faltblatt zu folgenden Staffelpreisen erhältlich: 100 Stück = 8 EUR, 250 Stück = 18 EUR, 500 Stück = 30 EUR über A. Kühn, Postfach 1109, 17431 Wolgast

Nachtrag: Der Nationale Widerstand unterstützt selbstverständlich nach wie vor den Befreiungsnationalismus anderer Völker, sowie ihren Kampf gegen den US – Imperialismus. Die Religion spielt für uns dabei keine Rolle! Unseren erbitterten Widerstand müssen lediglich jene fürchten, die aus Deutschland, ja aus ganz Europa einen islamitischen Gottesstaat machen wollen. Hier sind unsere Heimat und unsere abendländische Kultur bedroht. Wer jedoch unsere völkische Eigenart und unsere kulturelle wie religiöse Selbstbestimmung achtet, findet in uns verläßliche Bündnispartner im Kampf gegen das internationale Großkapital und seinen Helfershelfern.

-zur EU - Osterweiterung-

Die Europäische Union (EU) in der Erweiterungsfalle...

In den Unterschieden liegt die Zerreißprobe

von Dr. Edmund Sawall

Im Juni 2004 ist die Bevölkerung der EU aufgerufen das 6. Europäische Parlament ihrer Union zu wählen. Noch vor diesem Termin werden am 1. Mai 2004 zehn weitere Mitglieder zu den jetzigen fünfzehn Mitgliedern hinzukommen. Die sogenannte Osterweiterung suggeriert einen Gewinn für alle. Nur worin der bestehen soll, bleibt im Trüben. Die Erkenntnisse einer Fachtagung vermittelten hingegen ein anderes Bild. Es werden alle draufzahlen.

Es begann einmal im Jahre 1958 mit sechs Gründerstaaten. Die brauchten immerhin fünfzehn Jahre, bis sie sich zur Aufnahme weiterer drei Staaten durchringen konnten, bzw. diese sich durchrangen, dem Club beizutreten.1981 kam ein weiterer hinzu, gefolgt von zwei Staaten im Jahre 1986. Elf Jahre später 1995 konnten die nächsten drei Staaten nicht mehr widerstehen und traten ebenfalls bei. So war man im Schacher um die Verteilung von Geld und Wohlstand mit fünfzehn Mitgliedern beisammen. Bis auf Norwegen und die Schweiz gehören alle westeuropäischen Staaten dazu.

Mit der Auflösung des sogenannten Ostblocks beeilte man sich bereits 1993, den beitrittswilligen mittel- und osteuropäischen Staaten Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren. Jetzt, zehn Jahre später haben diese die weichen Aufnahmekriterien zwar noch nicht erfüllt, aber versprochen, alles zu tun, um Zugang zu den westlichen Fleischtöpfen zu erhalten, und deshalb werden sie jetzt aufgenommen. Weiteren zwei Staaten, die noch nicht für reif empfunden werden, hat man den Beitritt für 2007 in Aussicht gestellt. Dann kommt die vorläufig letzte Nagelprobe mit der Türkei, mit der man bis 2010 klar kommen will. Immerhin hält diese seit früheren Eroberungsversuchen einen europäischen Brückenkopf und besitzt strategische Bedeutung für den Mittleren Osten. Offen sind noch fünf neue „Reststaaten" aus der Erbmasse des ehemaligen Jugoslawien. Man wird nicht ruhen, bis alle Staaten Europas dazugehören. Nur mit den drei westlich des Urals – Rußland, Weißrußland und Ukraine – scheint noch alles offen zu sein und vermutlich auch zu bleiben.

Denkt man einmal an das Ende des 21. Jahrhunderts, könnte sich aus der Union ein Staatenbund oder gar ein Bundesstaat entwickelt haben, oder es hat sich alles in Schall und Rauch wieder aufgelöst. Hat sich bis dahin die EU verfestigt und definitiven staatsrechtlichen Charakter angenommen, haben die drei osteuropäischen Staaten entweder ein politisches Problem mit dem Koloß im Westen und bilden einen Gegenkoloß, oder sie treten dem westlichen Koloß bei und bilden dann ein gemeinsames eurasisches Großreich. Sie – liebe Leser – meinen, dies sei reichlich viel Phantasie in die Veränderungen Europas investiert. Über fünfzig Prozent dieser Entwicklung haben wir immerhin selbst miterlebt, und weitere ca. dreißig Prozent liegen durchführungsreif in den Brüsseler Schubladen.

EU-Osterweiterung, große Perspektive und noch größere Herausforderung. Blickt man hinter die Kulissen des Geschehens, sehen die Dinge lange nicht mehr so eitel „Freude und Sonnenschein" aus. Es gibt erstens kein einheitliches Integrationskonzept, denn jeder Staat bringt mit seinem Beitritt alle seine Probleme und insbesondere seine durchaus berechtigten nationalen Interessen mit ein. Nach den finanziellen Verteilungsspielregeln kommen nur Netto-Zahlungsempfänger hinzu, und die wenigen EU-Netto-Zahler sind inzwischen selbst pleite. Für die Beitrittsländer gelten in gewissen Übergangszeiten unterschiedliche Ausnahmen von den übernommenen Rechten und Pflichten, wie überhaupt es die EU sehr pragmatisch mit ihren selbstverpflichtenden Regeln hält. Für dieses Vorgehen hat man die Bezeichnung „unterschiedliche Geschwindigkeiten" gewählt. Dazu gehört z. Bp. die Verpflichtung zur Einführung des EURO. War es doch schon bei der Alt-EU der 15 nicht möglich, alle von der Zweckmäßigkeit des EURO und seinen Vorteilen zu überzeugen, womit es eben den EURO nur in zwölf Staaten gibt. Angeblich will man die Wechselkurse der zehn Währungen nicht zu früh fixieren. Bereits die falsche Fixierung der teilnehmenden Währungen bei der Einführung des EURO am 1.1.2002 hat zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen geführt. Angesichts der zwischen den Beitrittsländer und der EU bestehenden Heterogenität funktionsfähiger Marktwirtschaften und den existierenden wirtschaftlichen Verhältnissen in diesen Ländern wäre eine Währungseinheit mit ihnen wohl auch nicht zu bewältigen. Darüber hinaus gibt es in den zehn Beitrittsländern noch einen großen Reformbedarf. Um nur einige Stichworte zu nennen:

-Grenzkontrolle zwischen der EU und den Ländern sowie Sicherung der EU-Außengrenzen.

-Nahtloser Wegfall von Zollverfahren.

-Eingeschränkte Ortswahl des Arbeitsplatzes und Wanderung von Arbeitskräften.

-Dagegen unbeschränkte Niederlassungsfreiheit für Selbständige (Ich-AG!).

-Freizügiges Niederlassungsrecht von Unternehmen und Nutzung von Standortvorteilen.

-Ausgesetzter Erwerb von Grund- und Wohnungseigentum sowie Beschränkung der Wohnsitzwahl.

Für diese und viele andere Bereiche gibt es zum Teil jahrelange Übergangsfristen, während für einen Teil zudem noch keine Regelungen bestehen. Je nach gegebener Interessenlage argumentieren die betroffenen Institutionen, Unternehmen und Personen von euphorisch bis kassandrisch und immer entgegengesetzt zwischen alten Unionsmitgliedern und Beitrittsstaaten. Es ist wieder einmal wie bei einem Sprung ins eiskalte Wasser, bei dem man nicht weiß, ob der Kreislauf es aushält oder kollabiert. Die errichteten Schutzwälle haben viele Löcher, wobei es darauf ankommen wird, wer den richtigen Weg hindurch finden wird.

Der Aufnahmekuchen ist schon zugeteilt

Nach vorläufiger Planung wurde für die Osterweiterung der zehn Beitrittskandidaten von 2004 bis 2006 eine EU-Verpflichtungsermächtigung von 40,85 Mrd. Euro (deutscher Anteil 8,88 Mrd. Euro) genehmigt. (Tabelle) Von EU-Euphorikern wird mit zahlenmäßigen Verwirrspielen (Zahlungsermächtigung, EU-Netto-Haushaltskosten und ähnlichen Begriffen) ein grandioses Täuschungsmanöver zelebriert. Natürlich, um erheblich kleinere Beträge auszuweisen. Die zehn Staaten und die in den kommenden Jahren hinzukommenden Beitrittskandidaten werden auf Jahre hinaus Netto-Zahlungsempfänger bleiben. Dabei sind bereits in den letzen Jahren erhebliche Zahlungen in Vorbereitung auf den Beitritt geleistet worden.

So richtig nett wird es dann mit dem Beitritt der Türkei, die vermutlich allein einen vergleichbaren Betrag beanspruchen wird. Die Verteilung auf die einzelnen Länder folgt sicherlich einerseits

ihrer Bevölkerungsgröße, berücksichtigt andererseits auch einige unterschiedliche Sonderprobleme. Eine grobe Einteilung zeigt:
1. Es sind 21,746 Mrd. Euro oder 53,23 % für Regional- und Strukturförderung vorgesehen. Dahinter verbergen sich Maßnahme zum Ausbau der Infrastruktur ebenso wie zur Steigerung des durchschnittlichen BIP/Kopf auf das Niveau der EU-15 in den Referenzjahre 1998 bis 2000. D.h. die Beitrittsländer sollen mittels dieser Zuwendungen von ihrem ökonomischen Niveau aus dem vorigen Jahrhundert um mindesten fünfzig Jahre in die Zukunft katapultiert werden. Dies, abgesehen von der Umsetzungsunfähigkeit in den Beitrittsländern – was von diesen auch anerkannt wird. Die Absorptionsprobleme haben sich bereits anhand der wesentlich geringeren Mittel in der Phase der Vorbereitungshilfen gezeigt.
2. Für die Landwirtschaft sind zusätzliche 9,792 Mrd. Euro oder 23,97 % eingeplant. Diese Zahlungen erweitern die EU zu einem nicht mehr finanzierbaren Agrarsubventionsbudget. Neben all den sonstigen Subventionen ist die Landwirtschaft die eigentliche Gewinnerin in der EU. Ob ein Subventionsabbau jemals und in welchen Zeiträumen möglich werden wird, steht in den Sternen. Zunächst geht der erbitterte Kampf um die Gleichbehandlung, was soviel bedeutet, daß alle Länder auf das Niveau des am höchsten subventionierten Frankreich angehoben werden wollen. Dies war wohl auch der schwierigste Verhandlungspunkt der Erweiterungsverhandlungen.
3. Der nächst höhere Posten beträgt 5,929 Mrd. Euro oder 14,51 % und soll der Stillegung der Atomkraftwerke in Litauen und der Slowakei sowie den Maßnahmen an den künftigen EU-Außengrenzen dienen. Ferner sollen sie die Innere Politik und die Verwaltung unterstützten, was immer das bedeuten mag.
4. Zum Ausgleich der zeitlichen Unterschiede zwischen der Beitragsverpflichtung und den Unterstützungszahlungen werden sogenannte Haushaltkompensationen in Höhe von 3,385 Mrd. Euro oder 8,29 % geleistet. Dies bedeutet, daß die Beitrittsländer ihre Beitragszahlungen subventioniert bekommen.
Vergleicht man die ökonomischen Daten der Beitrittsländer mit dem EU-15-Durchschnitt, so sind erhebliche Defizite erkennbar. Das BIP/Kopf bewegt sich zwischen 35 % in Lettland und 59 % in Tschechien bzw. 41 % in Polen von diesem Durchschnitt, wobei das Wirtschaftswachstum durch die Inlandsnachfrage, welche durch subventionierte Investitionen und Lohnerhöhungen gestützt wird, bei mangelndem Export steigt. Die allgemein schwächere Exportnachfrage und vor allem die aufgrund der Binnenkonjunktur gestiegenen Importe führten zu steigenden Handelsbilanzdefiziten, die eine weitere Ausdehnung der Leistungsbilanzdefizite nach sich zogen. Wenn man die Arbeitslosigkeit einschließlich einer großen verdeckten Arbeitslosigkeit betrachtet, so liegt sie in den Ländern zwischen 10 und 20 Prozent. Die Haushalte haben einen großen Konsolidierungsbedarf, denn die Haushaltsdefizite liegen zwischen 3 % und 8 % steigend. Alles in allem keine günstigen Ausgangsdaten für den EU-Beitritt. Zunächst wird für die EU ein hoher Finanzierungsbedarf für die Beitrittsländer entstehen, der vermutlich durch die vorstehend aufgezeigten Einplanungen nicht abgedeckt werden kann. Als absolut sicher muß angesehen werden, daß die Netto-Zahlungen der EU an diese Länder weit über den bisherigen Zeitrahmen von 2006 hinaus anhalten werden. Ob und wann aus dem einen oder anderen Land selbst ein Nettozahler an die EU werden wird, ist nicht erkennbar. Dies gilt insbesondere für die großen Beitrittsländer wie Polen und Ungarn. Mit der rein ökonomischen Betrachtungsweise ist der Problemkreis der Eu-Osterweiterung bei weitem nicht eingegrenzt. Hinzu kommen schwierige politische Problemstellungen, die uns aus der europäischen Geschichte erwachsen sind und die vorwiegend Deutschland berühren werden.

Schwerpunkte in ausgewählten Ländern
Beleuchtet werden sollen die Länder Polen, Tschechien, Ungarn und die baltischen Staaten.

Polen: Träume bleiben ohne Hoffnung.
Nahezu jeder Pole träumt von einer schlagartigen Verbesserung der Lebensbedingungen durch einen EU-Beitritt. Dabei hat das Land seine Hausaufgaben in punkto EU-Mitgliedschaft nur unzureichend gemacht und verharrt in einem Anspruchsdenken gegenüber Westeuropa. Es mangelt ihm immer noch die Bereitschaft, sein – vor allem wirtschaftliches – Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und tatkräftig auf den Erfolg hinzuarbeiten. „Wer hat Polen heilig gesprochen, wo es doch die Eigenschaft eines Heiligen vermissen läßt“, fragen selbst polnische Intellektuelle und verweisen dabei auf die selbstbewußte Öffentlichkeit, die selbstgerecht die Auffassung pflegt, daß Polen als Opfer des Zweiten Weltkrieges im Gegensatz zu anderen Nationen keinerlei Schuld auf sich geladen hat. Dies kommt unter anderem in einem FAZ-Leserbrief zum Ausdruck (Siehe Kasten), dem es offenbar schwer fällt, die Vergangenheit objektiv aufzuarbeiten.
Dessen ungeachtet gibt es auch Vorbehalte gegenüber dem EU-Beitritt, vor allem Befürchtungen gegenüber Deutschland. Da ist die Sorge wegen einer möglichen Wiederbesiedlung ehemaliger deutscher Ostgebiete – die ja heute polnische Westgebiete sind – und einem Ausverkauf an Immobilien. Angst vor dem deutschen Einfluß in der Wirtschaft und in der Politik. Noch heute gibt es in Polen zwischen 500 000 bis 800 000 Deutsche, vorwiegend in Schlesien. Diese Menschen haben sich trotz aller leidvollen Vergangenheit mit ihren polnischen Nachbarn arrangiert.
Ganz allgemein reichen die Befürchtungen vom Verlust der Souveränität bis hin zur Ostgrenze (dann EU-Außengrenze) als neuem Eisernen Vorhang. Die meiste Zeit seiner Geschichte erhielt Polen von irgendwoher die Befehle: Von Litauen, von Deutschland, von Rußland und fürchtet – nicht zu unrecht – künftig von Brüssel. Die sogenannte EU-Verfassung bereitet Polen erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere dem katholischen Klerus, der seine Vorrechte verliert. So titelt eine namhafte polnische Zeitung: „EU-Beitritt – Todesstoß oder Rettungsboot für das polnische Volk“.
Der Anpassungsprozeß Polens wird nicht nur wirtschaftlich und rechtlich ein schwieriger und langer werden, sondern vor allem auch politisch und mental. Die EU ist eben nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern erhebt den Anspruch, auch eine Kultur- und Wertegemeinschaft zu werden. Wird Polen die Zerreißprobe zwischen Ost und West mit einer Änderung seines Denkens in den Köpfen und Fühlens in den Herzen bestehen?

Tschechien: Eurorealisten, keine Euphoriker
Eingeklemmt zwischen den EU-Ländern Polen im Norden, Deutschland im Westen, Österreich im Süden und Slowakei im Osten sieht das Land wohl keine reale Chance, nicht der EU beizutreten. Emotionslos erklärt es den Beitritt zur Zwangsläufigkeit. Zusätzlich verfolgt es offenkundig eine Strategie der „langsamen Schritte“. So will es den EURO vorerst nicht. Regierung und Notenbank stimmen darin überein, ihn erst ab 2010 einzuführen. Man wird vermuten dürfen, daß Tschechien sich in seiner Orientierung an England von dessen Verhalten wird leiten lassen. Es hat mit seiner Wirtschaft auch geringere Probleme als Polen und andere Beitrittsländer. Noch ist nicht alles im ökonomischen Lot, aber die Tschechen habe eine lange eigene industrielle Tradition und durchaus Unternehmensgeist. Das Problem ist die Haushaltspolitik und die Sanierung der Staatsfinanzen.
Dagegen hat Tschechien das politische Problem mit Deutschland und Österreich, welches dem polnischen vergleichbar ist. Davon zeugt die Einsichtslosigkeit in seinen eigenen historischen

Schuldanteil. Die historische Vergangenheit der territorialen Zugehörigkeit zu Österreich und die vielfältigen kulturellen Verflechtungen mit dem deutschen Kulturraum sowie die lange Grenze mit den beiden Nachbarn im Westen und Süden bewirken umfangreiche Abhängigkeiten, die von beiden Seiten nicht geleugnet werden dürfen. Tschechien muß seine Integration in die EU vor allem in Verbindung mit seinen unmittelbaren Nachbarn finden, von denen auch seine wirtschaftliche Zukunft abhängen wird. Dabei wird eine faire Partnerschaft mit Deutschland auch von einer fairen Lösung historischer Altlasten abhängen. Die Fischers „kommen und gehen", nur die Geschichte kann man nicht ungeschehen machen. Die Sudetendeutschen werden über Generationen nicht müde werden, erlittenes Unrecht einzuklagen.

Ungarn: Für Zukunftserwartungen gewappnet

Das Land ist nicht unbedingt reich, aber ökonomisch besser gerüstet als die meisten anderen Beitrittskandidaten. Es verfügt über ein Wachstum von 3.3 % welches allerdings von einer staatlich geförderten Inlandsnachfrage getragen wird. Die Lohn-Preis-Spirale konnte seit Jahren unter Kontrolle gebracht, und die Verbraucherpreise konnten unter das Lohnniveau gesenkt werden, so daß die Nettoreallöhne stiegen. Gleichzeitig ging die Arbeitslosigkeit von 10,9 % auf 5,4 % zurück. Die Ausweitung der Haushaltslücken einerseits und der Leistungsbilanzdefizite andererseits zwingen zur Exportorientierung. Deutschland ist traditionell der größte Handelspartner mit guten gegenseitigen Beziehungen und wird sich sicherlich dankbar an die von Ungarn ausgehende Öffnung der DDR erinnern. Ungarn kann deshalb auch mit dem jetzigen Entscheidungsmodus in der EU (Doppelte Mehrheit) sehr gut leben. Seine historische Westorientierung aus der Zeit Österreich-Ungarns hat es in beiden Weltkriegen auf der Verliererseite stehen lassen. Immerhin verlor es nach dem Ersten Weltkrieg zwei Drittel seines Staatsgebietes mit einer großen Zahl von Ungarn an die 1918 neu entstandenen Nachbarstaaten. Daraus ergeben sich spezielle Anliegen hinsichtlich der dortigen ungarischen Minderheiten und ihrer rechtsstaatlichen Behandlung. Trotzdem wird Ungarn eine besondere Mittlerfunktion in Südost-Mittel-Europa durch seine vielfältigen kulturellen Beziehungen zu beiden Seiten spielen können. Seine kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland haben insbesondere zu Süddeutschland eine lange Tradition. Heute sind bereits alle deutschen Großbanken in Ungarn vertreten und zahlreiche unternehmerische Investitionen getätigt worden. Die bisherigen wirtschaftlichen Möglichkeiten wurden weitgehend ausgeschöpft. So liegen die Befürchtungen der Ungarn vor einem EU-Beitritt auch weniger auf wirtschaftlichem Gebiet als vielmehr in einem emotionalen, kulturellen Empfinden. Man fürchtet einen Verlust nationaler Identität, Sprachprobleme (die eigene, seltene finnougrische Sprachgruppe), Zunahme der EU-Bürokratie und ein Steigen der organisierten Kriminalität. Diese Ängste werden jedoch von dem Wunsch überlagert, zur Wertegemeinschaft der entwickelten europäischen Völker zu gehören. Wenngleich für sie entwickelt nicht gleichbedeutend mit reich und umgekehrt ist, erhoffen sie doch einen rascheren wirtschaftlichen Fortschritt. Dabei hat Mobilität in Ungarn keine Tradition. Eine Wanderung in die EU-Staaten ist sicherlich nicht zu befürchten, denn man erwartet Prosperität im eigenen Land.

Baltische Staaten: Klein, aber stark

So sehr sich ihr historisches Schicksal gleicht, so unterschiedlich sind sie doch. Ihre gemeinsame Geschichte kann sehr verkürzt mit vier Jahreszahlen gekennzeichnet werden: 1720 – Schweden tritt die baltischen Provinzen an Rußland ab. 1918 – Das Baltikum wird frei und die Staaten Estland. Lettland und Litauen bilden sich. 1940 – Die Sowjetunion besetzt die baltischen Staaten. 1991 – Die baltischen Staaten werden wieder unabhängig. Nur Litauen verfügte bereits seit dem 13. Jahrhundert (6.7.1250) über eine Staatsgründung und hat eine wechselvolle Geschichte mit Polen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfzig Jahren sowjetischer Besetzung wurde geprägt von den Bedürfnissen der Sowjetunion und nicht von den Notwendigkeiten selbständiger Staaten mit einer Bevölkerung zwischen 2,5 bis 3,5 Millionen Menschen.

Estland setzte nach der Befreiung auf eine konsequente Liberalisierung und Privatisierung sowie vor allem unter Verzicht auf die „alten Garden" auf einen System- und Generationenwechsel seiner politischen Führung. Es war eines der ersten Länder, das sich für den EU-Beitritt vorbereitete. BIP/Kopf 4 472,- Euro **Lettland** hatte das schwerere Erbe zu übernehmen. Die Hälfte seiner Bewohner waren russische Arbeitskräfte, die entweder das Land verließen oder sich nicht integrieren wollten. Es zählen noch 30% zur russisch sprechenden Minderheit, die mit Rußlands Unterstützung größere Minderheitenrechte einfordern. Heute hat es den schwierigen Umstellungs- und Anpassungsprozeß weitgehend bewältigt und gehört zu den schnell wachsenden Volkswirtschaften. BIP/Kopf 3 393,- Euro. **Litauen** verhielt sich am zögerlichsten. Es verschleppte Reformen sowie die Privatisierung der Landwirtschaft und entwickelte eine weit verbreitete Korruption. Dies hat sich zwar inzwischen grundlegend geändert. Trotzdem ist der größte baltische Staat der ärmste Beitrittskandidat, hat aber ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erreicht. BIP/Kopf 3 100,- Euro

Es wird eine andere EU entstehen

Die Unterschiede, die noch heute nach Jahrzehnten der Harmonisierung in der EU der 15 Mitglieder bestehen, obwohl diese eine günstigere und gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung genommen haben, werden durch die neuen Beitrittsländer vervielfacht. Die Osterweiterung wird sich nicht ohne erhebliche Probleme vollziehen lassen. Dazu sind die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verschiedenheiten viel zu groß. Die Beitrittsländer werden sich nicht problemlos ein- oder unterordnen, zumal die EU-Verfassung sicherlich nicht so schnell in Kraft treten wird. Ihr Beitritt ist auch in erster Linie auf finanzielle Vorteile gerichtet, und sie werden sich auf die Verteilungskämpfe konzentrieren. Da sie alle eine Zunahme ihres wirtschaftlichen Wachstums benötigen, erwarten sie auch alle eine Erweiterung ihres Handels innerhalb der EU. Woher aber soll ein steigender Handel mit einer Region kommen, die selbst ständig nach neuen Wachstumsmärkten suchen muß und ihrerseits hofft, diese in den neuen Beitrittsländern zu finden. Alle Probleme wurden bisher immer über das Geld geregelt, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Wo aber kein Geld mehr frei verfügbar ist, hört es auch auf, Interessenunterschiede zu regulieren. Das Hauptproblem der Europäischen Union ist und wird es immer bleiben, daß sie versucht, über eine nicht durchsetzbare Wirtschaftsunion eine nicht bestehende Werte- und Interessengemeinschaft zu erzwingen. Die historischen Entwicklungslinien einer christlichen Wertegemeinschaft hat Europa durch ideologische Zwangsprägungen abgelöst. Eine Interessensgemeinschaft ist Europa nie gewesen, höchstens eine geographische Zwangsgemeinschaft. Um daraus eine echte Gemeinschaft zu werden, würde es der ehrlichen Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte bedürfen.

Für die Verwendung des Aufsatzes danken wir Herrn Dr. Edmund Sawall. Entnommen wurde dieser dem „Informationsdienst der Deutschen Studiengemeinschaft (DSG), Doppelausgabe 11/12, April 2004. Den Bezug des DSG Informationsdienstes empfehlen wir an dieser Stelle wärmstens. DSG, Postfach 1701, 71207 Leonberg

Nur Einsendungen bis zum 15. Oktober werden berücksichtigt.

Harzburger Front 2004???

Vorweg: Nachfolgenden, uns zugesandten, Zeilen können wir nur beipflichten da ein Umdenken und eine Kursänderung der derzeitigen „Bewegung“ unumgänglich sind. Der Erledigung tagespolitischer Aktivität setzen wir die Erledigung der Theoriebildung entgegen, woraus ein intensiver und volksnaher Aktivismus konstatiert. Diese Bildung finden wir derzeit, außer bei einigen wenigen Gruppen, tatsächlich nicht. Hierzu schaue man sich nur die diversen Internetseiten und Foren an. Beim durchstöbern dieser Seiten finden wir neben der Veröffentlichung von Terminen und Aktionsberichten und hin und wieder einige Kulturbeiträge nichts was auch nur annähernd politisch ist. Vermerk des Hauptschriftleiters: Es liegt sicher nicht im Interesse unserer Redaktion die gesamte „nationale Opposition“ zu verunglimpfen oder gar zu verschmähen. Konstruktive Kritik aber sollte stets Begleiter des Weges und eines künftigen Zieles sein. Wir müssen aber zugeben, daß wir in Hinsicht einer Bewegung kein ganzheitliches Denken innehaben. Wir wissen auch, daß derartige Positionierungen heute nicht mehr nur von kleinen Gruppen oder Einzelpersonen getragen werden. Die Suche nach Alternativen hat längst begonnen.

„Es wird noch darüber geredet werden müssen, wie es in Zukunft unter allen Umständen verhindert werden kann, daß einzelne Parteien und Verbände der nationalen Opposition - um dieses Wort auch einmal in solchem Zusammenhang zu gebrauchen - die anderen zwingen können, aus nationaler Verantwortlichkeit an einer Sache teilzunehmen, die sie innerlich nicht billigen oder gar für aussichtslos und schädlich halten...Deutlich und unverwischbar müssen die Grenzen abgesteckt sein, die uns von auch-nationalen Parteien auch heute noch vielleicht schärfer denn je trennen.“

Dr. J. G.

von Werner Laß, Ende Mai 2004

„An dieser Stelle wollten wir ursprünglich die Abläufe der diesjährigen 1. Mai Demonstrationen von Berlin und Leipzig wiedergeben und diese teilweise im Text inhaltlich kommentieren. Zugebenermaßen nahmen auch Mitglieder der Redaktion an diesen Umzügen teil, wie dem Verfasser mitgeteilt wurde, um sich erneut ein Gesamtbild des „nationalen Widerstandes“ zu machen. Erneut mußten wir „Bilder des Schreckens“ (absichtlich überspitzt) feststellen und resignierten noch während der Veranstaltung hinsichtlich der sogenannten Machtübernahme. Daß die nationale Bewegung, des begonnenen neuen Jahrtausends, in aller Hinsicht das degenerierteste Erscheinungsbild, selbst auf den historischen National-sozialismus, (mit Ausklammerung diverser Kleingruppen und Einzelpersonen) der letzten Jahrzehnte darstellt ist in aller Form hinlänglich bekannt jedoch nicht als Problematik verbannt. Das trommelartige Abfeuern „nationaler“ Phrasen a la: „Hey ihr Zecken – eure Eltern sind Geschwister!“ (hier fragen wir uns ernsthaft ob wir uns überhaupt im 21. Jahrhundert befinden) oder das Beschwören der „absoluten Volksgemeinschaft“ als Demoaufhänger scheinsozialistischer Parteien zeigen ebenso auf wohin die Reise gehen würde wie das Auftreten der Gegenseite der sog. Antideutschen die in aller Verirrtheit die kapitalistische, imperialistische und faschistische Flagge Israels ganz bewußt als Provokation in vollkommener geistiger Abwesenheit trugen. Hinlänglich zum Begriff der Volksgemeinschaft haben wir uns, bzw. der Schriftleiter, im Vorwort kurz geäußert. Um aber unsere Sichtweise in Bezug auf das Erreichen der Volksgemeinschaft zu unterstreichen nutzen wir an dieser Stelle ein Zitat dem wir uns ausdrücklich anschließen: *„Über **Durchkämpfung des Klassenkampfes** der Arbeit zur Nationwerdung, **zur wahren deutschen Volksgemeinschaft!**“*. Es sollte längst bekannt sein, daß die Großkapitalisten sprich das Großkapital und sein Anhang, daß der Ansicht ist den Angriff auf und gegen das Volksganze, vor allem gegen die arbeitende Mehrheit, schon von sich aus den Klassenkampf nach unten postuliert, ja ausübt. Das heißt, die Klassengesellschaft ist real existierend und alles andere ist Augenwischerei. Für uns kann es keine Frontbildung mit den nationalen, hier als regionale Bestimmung gemeint, kleinen und großen Kapitalisten geben.

Zur Forderung: „Volksfront von Rechts!“.

Die Forderung einer einheitlichen „Rechte“ ist nicht sonderlich Neues und dennoch wurde diese, innerhalb des nationalen Lagers, kurz vor den Mai Demonstrationen den Aktivisten neu serviert. Hier muß der Verfasser der Zeilen vorweg den Begriff „Rechts“ einmal scharf kritisieren. Rechts bedeutet uns nichts weiter wie national, also nicht nationalistisch und vor allem nicht sozialistisch. Vergleicht man den Begriff „national“ rein geschichtlich mit Parteien wie der Hugenberg DNVP (Direktvergleich: Volksfront von Rechts – Harzburger Treffen 1931) muß es dem geneigten nationalen Sozialisten speiübel werden. Dies ist Reaktion pur, denn diese Partei bestand lediglich aus dumpfer Phrasendrescherei mit der man sich der damaligen besseren Klasse, auch Bourgeoisie genannt, anbiederte. Die Interessen der Arbeiter, Bauern und allen die die Unterschicht, also das werktätige Volk, bildeten interessierten nur bedingt, ja wenn überhaupt. Der Klassenkampf wäre vorprogrammiert gewesen wenn nicht gar gewollt. Man lockte mit dem Zerschlagen des Versailler Schanddiktat und stellte sich zeitgleich auf die Seite der Großindustriellen jener Zeit die wie Herrenmenschen den Arbeiter bis aufs Letzte ausnutzten. Man wollte kein neues System, man wollte das Alte und Kranke reformieren. Nicht die Rede von der sozialistischen Nation. Nein, altes sollte Bestand haben, nur „Recht und Ordnung“ sollten wieder einkehren damit das Großkapital weiterhin seiner niederträchtigen und volkszersetzenden Arbeit nachkommen kann. **Das Ziel der Reaktion kann kurz umrissen werden:** *Widerherstellung bzw. Erhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch Ausnutzung des militärischen Apparates und somit Niederhaltung der arbeitenden Massen.* Ähnliche Parteiformationen bietet auch die BRD. „Nationale“ Parteien die dem Sozialismus abgeschworen haben, können und wollen wir nicht unterstützen. Mag eine Zusammenarbeit zwischen „Parteilosen“ und „Parteiaktivisten“ sich auch immer interessant anhören oder auch locken. Wir verweigern uns deren Aufrufe Folge zu leisten. Wer dem Sozialismus abschwört, wer den Kapitalismus in einer „humanen“ Art in seinem Programm erörtert und propagiert kann nicht auf der Seite der unterdrückten Deutschen stehen. Dieser wendet sich eindeutig gegen die Mehrheit unseres Volkes und gegen ein souveränes antikapitalistisches Deutschland. Wir, die wir selber zur ausgebeuteten und wehrlosgemachten Klasse gehören, stellen uns an die Seite dieser Mehrheit, dem Bauern, dem Arbeiter ob Faust oder Stirn und stemmen uns gegen die demagogische Phrase der Partei. Es kann kein paktieren mehr geben mit den sog. Nationalen, genausowenig wie mit den verirrten Internationalisten, denn diese führen uns nicht in die ersehnte Freiheit und Unabhängigkeit.

Keine Volksfront von Rechts! Heraus aus diesen Formationen! Neuordnung und Neuorientierung! Für eine aktive nationalistische und sozialrevolutionäre Jugendbewegung! Deutschlandweit – Europaweit!“

(Wir verweisen auch auf die Ausführungen in „Volk in Bewegung“ Ausgabe Nummer 2-2004 und „Keine Volksfront von Rechts!“ zu finden bei: www.die-kommenden.net)

EU - „Osterweiterung“...

Neokolonialisierung Europas

von M. K.

Einleitung: Seit dem 1. Mai 2004 haben sich die westeuropäischen Staaten die osteuropäischen mittels der sog. EU-Osterweiterung einverleibt. Wir halten fest, daß wir die Europäische Union an und für sich als verwerfliches Gebilde empfinden bzw. den Kapitalismus als Ganzes ablehnen. Wir warnen auch davor, den Euro als starke Gegenwährung zum US–Dollar anzusehen, welche diesen in seine Schranken verweisen könnte. Dies würde sich bestenfalls als die Konfrontation zwischen einem westlichen US-Kapitalismus und einem westlichen EU-Kapitalismus interpretieren lassen. Derartige „Hoffnungen“ nehmen wir auch aus verschiedenen Kreisen der „Rechten“ wahr. Von dieser durch die westlich-kapitalistische Propaganda hervorgerufenen Verirrung sollten wir uns schnellstens entfernen. Es sollte bedacht werden, daß dieses europäische künstliche Gebilde für eine Verhärtung der Fronten zwischen dem US-Kapitalismus und dem EU-Kapitalismus sorgen wird. Die Rivalität auf die Märkte der Weltwirtschaft könnte explosive Folgen bewirken.

EU und dessen Osterweiterung bedeuten uns daher: Unfreiheit, Verschärfung der Klassengegensätze und längerfristig gesehen die Auflösung der Völker in ihrer genetischen und kulturellen Eigenart.

Wem nützt die EU - Osterweiterung?

Einen allgemeinen Nutzen in der EU - Osterweiterung zu sehen ist für uns, wie oben erwähnt, mehr als verwerflich. Den vorläufigen Nutzen aber zieht hierbei der westliche Kapitalismus. Dieser tritt in Europa hauptsächlich in der Gestalt der Länder („Standorte“) England, Frankreich, der BRD und Italien auf. Hinzu zählen wir auch die kapitalistischen Helfershelfer wie Spanien und Polen. Diese Länder stellen derzeit das „westliche Bollwerk“ in Europa dar. Alle anderen Länder, bspw. Griechenland, Portugal oder die skandinavischen Länder, werden in einem großen Strudel aufgesogen, folglich ohne jegliche Gegenwehr. Die andere Möglichkeit sei diejenige, daß der Staatskapitalismus bereits ausreifte und einzelne Länder in einer Art eines „souveränen Kapitalismus“ umklammerte, siehe die Schweiz. Ein „Vorteil“ ist auch hier nicht erkennbar. Im Gegenteil.

Wie vollzieht sich die EU – Osterweiterung?

Da tägliche Meldungen zu jener Thematik veröffentlicht werden ist es nicht unser Anliegen eine 100%ige Aktualisierung wiederzugeben. Wir wollen lediglich anhand von Zahlen und Fakten verdeutlichen. Wir bedienen uns hierbei teilweiser bereits veröffentlichter Fragmente und Pressemitteilungen.

Zur Stimmungslage. Die umgehende Angst des deutschen Volkes vor der EU - Osterweiterung deutete das Münchener ifo-Institut in einer Umfrage aus dem Herbst 2003. Demnach befanden 65 % die Osterweiterung als eine gute Sache.
Noch im Februar sank die Stimmungslage landesweit auf 57 %. Wir können davon ausgehen, sollten weitere Umfragen veröffentlicht werden, daß diese Angabe und somit die negativ ausgedrückte Stimmungslage weiter ansteigen werden.

Europa kippt um. Bevorzugte Länder bundesrepublikanischer Unternehmen stellen derzeit Polen, Slowenien und Tschechien dar. Als ein typischer Vertreter der Verlagerung sei uns das Unternehmen Siemens genannt. Siemens werde, auf Grund der niedrigen Löhne in den Beitrittsländern, rund 5.000 bis 10.000 Stellen verlagern. Neben dem Grund der niedrigen Löhne müssen die niedrigen Steuern in den Beitrittsländern erwähnt werden. Diese liegen bspw. in Tschechien bei 24 %, in Polen und der Slowakei liegt der Steuersatz für Unternehmen bei 19 %. In Lettland, dem ärmsten Beitrittsland, sehen diese Bedingungen noch „günstiger“ aus, man erlebt hier Steuervergünstigen um bis zu 80 % während das baltische Estland überhaupt keine Steuern auf Unternehmensgewinne setzt.

In den vergangenen Jahren schufen bundesdeutsche Unternehmen zwar 450.000 Arbeitsplätze – allerdings befinden diese sich in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern. Einer Studie des Münchener Osteuropa-Instituts zufolge werden bis 2013 weitere 450.000 Arbeitsplätze als Auswirkung der EU-Osterweiterung verloren gehen, und zwar durch Produktionsverlagerung.

IT-Bereich (Informationstechnik)

Alleine der IT-Bereich baute 2003 rund 70.000 Arbeitsplätze ab, vor allem durch Verlagerung ins Ausland. Dieser Prozeß ist noch längst nicht abgeschlossen, alleine bei Siemens sind 10.000 Stellen gefährdet. In den 90er Jahren wurde die Auslandsproduktion zu einem bestimmenden Faktor auch der bundesdeutschen Monopole. Neuere Zahlen der Metall- und Elektroindustrie belegen, daß diese Entwicklung inzwischen ganze Branchen erfaßt hat, die Mittel- und Kleinbetriebe mit eingeschlossen.
Die Inlandsproduktion der Metall- und Elektroindustrie hat von 1995 bis 2001 nur um gut ein Drittel zugenommen. Da der Inlandsabsatz stagnierte, war das allein dem Export zu verdanken, der sich nicht ganz verdoppelt hat. Im selben Zeitraum hat sich die Auslandsproduktion fast verdreifacht. Sie wächst am schnellsten und erreichte 2001 schon 40 % der Gesamtproduktion. 1995 lag dieser Anteil erst bei 24 %. Die bereits angekündigten Betriebsschließungen und Entlassungen machen deutlich, daß der Produktionsschwerpunkt der gesamten M+E-Industrie ins Ausland, vorrangig nach Osteuropa, verschoben werden soll. Damit wollen sie u.a. die dort heute noch niedrigeren Löhne zur Profitsteigerung ausnutzen. Ziel sind die Märkte in Osteuropa und Rußland. Monopole wie Siemens nutzen das aus, die Belegschaften zu erpressen, um die Ausbeutung im In- und Ausland zu verschärfen.

Bereich der Automobilindustrie

Nach dem Beitritt der Osteuropäer zur EU wird es hart für die hiesige Automobilindustrie. Eine aktuelle Studie zeigt: Polen, Tschechien und Co. etablieren sich als attraktive **Alternativstandorte**. Gelsenkirchen - Der Automobilstandort Deutschland verliert mit der EU - Erweiterung an Attraktivität. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Center of Automotive Research (CAR) an der Fachhochschule Gelsenkirchen.

Strukturen schaffen - Vernetzung ausbauen!

Weltnetzseiten:

Aktionsfronten Mecklenburg und Pommern - www.aktionsfront.org
Aktionsbüro Norddeutschland - www.widerstandnord.com
Nationaler Beobachter - www.nationaler-beobachter.de
Aktionsbüro Eifel - www.aktionsbündnis-eifel.de.vu
Freie Nationalisten - www.karlsruhernetzwerk.org
BDVG - www.volksgemeinschaft.org
Nationalrevolutionäre - www.die-kommenden.net
KDS - www.kds-im-netz-de
Heimatschutz Netzwerk Sachsen - www.heimatschutz.org

Zeitschriften und Magazine:

Der Weiße Wolf, PF 1443 in 17224 Neustrelitz
Der Förderturm, PF 101006 in 45410 Mühlheim
Mitteldeutsche Jugendzeitung, PF 1203 in 17431 Wolgast
UN / Unabhängige Nachrichten, PF 400215 in 44736 Bochum
Ostara, PF 101225 in 06512 Sangerhausen
Volk in Bewegung, PF 1337 in 74003 Heilbronn
Stimme der Heimat, PF 1147 in 17425 Bansin
Freies Gewissen, PF 100104 in 08331 Schwarzenberg

Achtung!

Jetzt nachbestellen!



Ausgabe 10 unserer Zeitschrift...
2,50 EUR plus Porto

Meine Angaben

Vorname:....................

Nachname:.................

Anschrift:....................

....

Telefon:.......................

e-Post:.........................

Einzelausgabenbestellung:

Ich bestelle ....Ausgaben des Fahnenträger Nummer 10 zum Preis je Exemplar nach untenstehender Mengenstaffel.

Abo - Bestellung und Förderabo:

Ich möchte den Fahnenträger für 20 TEuro inkl. Porto für 5 Ausgaben abonnieren.

Ich möchte euch unterstützen und bestelle deshalb das Förderabo zum Preis von 25 TEuro. Laufzeit ebenfalls 5 Ausgaben. Portokosten inkl.

Bankverbindung:

Postbank Hamburg,
BLZ.: 200 100 20
Kontonr.: 266 649 206
Inhaber: M.Kutschke

Noch Fragen?

Postfach: 1153, in
17420 Heringsdorf,
e-Post.:
ft-versand@web.de
Tel.:
0175 / 60 34 74 3

Bezahlungsweise:

0 in Bar
0 per Überweisung
0 per Verrechnungsscheck

0 Förderabo
0 Normal - Abo

Staffelbezugspreise für Kameradschaften, Versände und Weiterverkäufer:

10 - 20 Exemplare: je 2,30,
21 - 50 Exemplare: je 2,10,
51 - 200 Exemplare: je 1,90

Datum und Unterschrift:

Jetzt abonnieren! Jetzt informieren! Jetzt unterstützen!

Autoproduktion in Deutschland: Grundlegende Neuausrichtung

Als Grund nennen die Wissenschaftler die hohen Arbeitskosten. Aber auch nicht wettbewerbsfähiger Unternehmenssteuern und die aktuelle Wirtschafts und Umweltpolitik werden die Abwanderung von Arbeitsplätzen nach dem 1. Mai dieses Jahres verstärken. Die EU-Erweiterungsstaaten sind nach CAR-Angabe schon jetzt wichtige Automobilstandorte. Bereits nach 2006 werde die Pkw-Produktion in Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn Kapazitäten für 2,6 Millionen Fahrzeuge haben. Das entspreche 50 Prozent der deutschen Produktionskapazitäten. Der Ausbau der Zulieferkapazitäten gehe dabei noch rasanter voran.

Folgen für die Beitrittsländer Armut, Lohn und Lohndumping.

Erschreckend mußten wir feststellen, daß verschiedene Kreise die Erweiterung der „alten EU" in den Osten mehr anprangern als die vormals bestehenden Strukturen des westlichen Europas. Somit verfällt der Einzelne bereits in den gewollten Propagandastrudel des etablierten Parteiendünkels. Es gibt keinen „Guten alten EU Block im Westen" und einen „Bösen im Osten" denn die ganze Europäische Union steht im Zeichen des westlichen Kapitalismus. Wer davon spricht der „böse kapitalistische Osten" raubt dem „guten kapitalistischen Westen" seine Finanzkraft stellt sich bereits auf die Seite des allgemeinen westlichen (nicht geographisch gesehen) Kapitalismus. Daß auf Grund der Produktionsverlagerung der „EU - Osten" zu einem Garten Eden mutiert bezweifeln wir ernsthaft. Nachfolgende Zahlen und Fakten zeigen, daß sich das soziale Elend auch in den „Neuen EU - Ländern" drastisch erhöhen wird.

Die Löhne in den Beitrittsländern sind derzeit fünf bis acht Mal niedriger als in der „Alt – EU". Das durchschnittliche Bruttoinlandprodukt pro Einwohner der jetzigen EU-Staaten (24.250 Euro) ist wesentlich höher als beispielsweise in Ungarn (7.080 Euro) oder Lettland (3.740 Euro). Die Arbeitslosigkeit, Hauptursache von Armut, stieg in den letzten 15 Jahren in den Beitrittsländern rasant an. In Tschechien kletterte sie beispielsweise von 0,7 Prozent im Jahr 1990 auf 6,5 Prozent im Jahr 1998 und liegt jetzt bei knapp 11 Prozent. Im Durchschnitt liegt sie doppelt so hoch wie in der EU. In der 60 Kilometer von Wien entfernten slowakischen Hauptstadt Bratislava beispielsweise liegt die Arbeitslosigkeit bei etwa 4 Prozent. 200 Kilometer weiter östlich, in den ländlichen Gebieten dagegen bei teilweise bis zu 60 Prozent. Der Landesdurchschnitt liegt bei 16,6 Prozent. Ein ähnliches Gefälle gibt es in Ungarn. Die Arbeitslosenquote ist in Budapest minimal, während sie in anderen Regionen 40-50 Prozent beträgt. Besonders die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen nimmt ständig zu. In einigen Regionen hat diese 45 bis 50 Prozent erreicht. Der beispiellose soziale Niedergang läßt sich in allen Bereichen nachvollziehen. Die Sterberate von Kindern und Jugendlichen stieg in Polen und Ungarn um über 5 Prozent gegenüber Ende der 80er Jahre. 50 Prozent der ungarischen Bevölkerung lebt zum jetzigen Zeitpunkt erwiesenermaßen schlechter als vor zehn Jahren.

Ergebnis des Strukturwandels in Osteuropa:

Agrarische Kleinbetriebe gingen in der Importflut unter, Großindustrien wurde die staatliche Unterstützung entzogen und mußten schließen. Trotz beeindruckender Wachstumszahlen ist in Tschechien die offizielle Arbeitslosenrate seit 1998 von 2,5 auf fast elf Prozent gestiegen. In Polen legte sie von 9,5 auf 20,5 Prozent zu, bei jenen unter 25 Jahren liegt die Rate sogar bei 40 Prozent. Mit den Lohnnebenkosten sind auch die sozialen Sicherungssysteme geschrumpft. Rund ein Drittel der Bevölkerung der zehn neuen EU-Staaten lebt in Armut, Millionen Bauern darben am Rande des Existenzminimums. „Jenseits von Einkommensstufe und Konsumverhalten ist Armut ein Lebensstil geworden, ein Billigpreis-Dasein, in dem man sich mit der Zeit die Geschicklichkeit erwirbt, aus dem Wenigen das Beste zu machen, um so den Schein zu wahren, daß man eine normale Existenz führt", beschreibt die Soziologien Hanna Palska das Leben der „neuen Unterklasse".

Die westlichen Standorte in Europa, d.h. die BRD, Frankreich, Großbritannien und alle anderen westlichen Staaten werden in sich zusammenbrechen so wie die ganze kapitalistische Epoche einfällt und sich selbst erst dezimiert und folgerichtig auflöst. Die Zukunft und unser Ziel lauten:

Ein sozialistisches Europa in den Farben der Nationen und Völker.

Für uns stellt die „EU – Osterweiterung" daher den Anfang des ersehnten Endes des Kapitalismus in Europa dar.
Der Weg zu einem freien Europa und das augenblicklich weit entfernte Ziel einer „Nation Europa", auch unter dem Begriff der „Festung Europa" bekannt (oft jedoch falsch interpretiert), rückt schrittweise näher. Noch aber ist der Kapitalismus in seiner Ausdehnung nicht erschöpft und der Untergang dieses westlichen Seelentums wird nicht ohne Gegenwehr verlaufen.
Mit seiner ganzen, ihm zur Verfügung stehenden Macht und Kraft, wird der Westen sich aufbäumen und gegen die eigene Auflösung mobilisieren. Aber die neue Epoche ist nicht mehr aufzuhalten, sondern sie beginnt bereits. Wie sprechen daher nicht von einem Niedergang, wie es momentan auch erscheinen mag, sondern von der Zukunft des deutschen Volkes und aller anderen europäischen Völker.



Zukunftsblick: Der geistige und seelische Bund - Nation Europa

Was wollen wir?

Das Ziel darf nicht lauten, den internationalen Kapitalismus zu bannen und zu brechen um zu einem nationalen also einem Staatskapitalismus zu mutieren.
Wer immer noch glaubt, daß die BRD den guten Kapitalismus mimt dem sei gewarnt denn es ist ein Irrglaube, daß die Nationalisierung der Wirtschaft die Befreiung vom Kapitalismus und dem Materialismus darstellt. Unser Streben besteht in dem Zusammenbruch des sog. Standortes Deutschland. Die Wirtschaft dieser BRD muß zusammenbrechen denn wir wollen diese nicht vor ihrem Untergang retten da an ihr nichts „Gutes" erkennbar ist. Die Wirtschaft dieses Staates unterliegt dem Kapitalismus in der höchsten Ausprägung Es kann und darf also nicht die Rede davon sein alle wirtschaftlichen Strukturen nur zurück zu nationalisieren sondern schlußendlich unter allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu sozialisieren.
WIR wollen nicht retten was uns sklavt, nicht retten was uns auflöst und niemanden retten der gegen Volk und Land wettert.

Daher unser Schlußpostulat für Deutschland:

„Vom Befreiungsnationalismus zur sozialistischen Revolution!"

1. Sofortige Null- und Nichtigerklärung aller dem Volk aufgezwungenen Verträge. Das heißt: Sofortiger Stop aller Auslandszahlungen bei gleichzeitiger Herauslösung aus EU, IWF, NATO, UNO usw..
2. Die neue deutsche Volkswirtschaft dient nur dem Volk und nicht diametral.
3. Die neue deutsche Volkswirtschaft muß in Zukunft dem Staate unterliegen. Wir fordern daher die totale Verstaatlichung der Groß- und die Kontrolle der mittelständischen Betriebe um die Macht des Kapitalismus endgültig zu brechen.
D.h. straffeste Zerschlagung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.
4. Sozialisierung und Nationalisierung des Bankentums. Folgerichtig postulieren wir den energischen Kampf dem Spekulantentum auf allen Ebenen bis ins kleinste Hinterzimmer.
5. Die neue deutsche Volkswirtschaft hat sich der Natur nicht anzupassen sondern endlich unterzuordnen. D.h. in der Kurzform, wir fordern den Natursozialismus!
6. Als Gegenpol zum westlichen Parteiendünkel sehen wir die außerparlamentarische, revolutionäre Volksfront auf deutschem Boden und unterstützen zugleich jegliche nationalistische Befreiungsbewegung Europas.
Kurz und Knapp, wir müssen Bündnispartner suchen und finden. Wir skizzieren daher eine Achse zwischen Paris - Berlin - Moskau - Peking. (sprich ein „eurasischer" antikapitalistischer, antimaterialistischer Großblock mit der Garantie der Souveränität jeder einzelnen Nation und seinem dazugehörigen Volk.)

Bereit sein ist alles!
Bereit zu werden, unsere Aufgabe.
Nieder mit dem Westen!
Völker Europas erhebt Euch!

Tritt gefaßt in der aufmarschierenden Front der sozialistischen Revolution!

Skizziert... **Zweiteiler**

Vom Parteienstaat zum Volksstaat

***Vorweg:** In der 2. Ausgabe des „Wetterleuchten" fanden wir nachstehenden Aufsatz. Dieser skizziert in Grundumrissen den Aufbau des Ständestaates. Kennzeichnend für diesen Aufbau ist, daß dieser völlig auf den westlichen Parlamentarismus verzichtet. Parlamentarismus heißt uns nach wie vor: Kapitalismus und Klassengesellschaft. Das Gebilde der Partei fußt stets im Westen und krankt von Anfang an den Auswüchsen des westlichen Seelentums sprich dem westlichen Liberalismus und Konservatismus. Das heißt rückblickend und umfassend: die erkannten Probleme wurden nicht an der Wurzel gepackt sondern schlichtweg reformiert. Großindustrielle und internationales Kapital konnten sich in bewundernswerter Weise weiter austoben. An die Stelle der sozialistischen Revolution trat stets der Staatskapitalismus überspielt mit der Sozialdemagogie. Dies gilt es für die Zukunft zu verhindern.*
M. K.

Von Micha T. und Michael K.

Unreformierbarer Parteienstaat

Der Parteienstaat leidet nicht an Konstruktionsfehlern. Er ist selbst ein Konstruktionsfehler. Sicher nicht im Sinne seiner liberalen Erfinder und kapitalistischen Nutznießer, wohl aber unter dem Gesichtspunkt einer umfassenden Vertretung des Volkes in allen seinen sozialen Schichtungen auf allen politischen Ebenen. Diese Volksrepräsentanz kann ein Parteienstaat niemals verkörpern. Das Hauptübel des Parteienstaates sind die Parteien selbst:

Die Parteien sind Vereine zur Privatisierung des Staates im Interesse ihrer kapitalistischen Geldgeber. Sie bilden ein untereinander verfilztes System der institutionalisierten Korruption.

Die Parteien sind wurzellos. Sie haben keine Bindung an Volk und Heimat. Geschichtlich sind sie nicht unmittelbar aus dem Volke entstanden. Ihr Entstehen verdanken sie vielmehr der politischen Klüngelwirtschaft von Clubs und Logen, die vielfach auf übernationaler Ebene in sog. „Internationalen" miteinander verwoben und vernetzt sind.

Die Parteien dieser „schwarz-rot-goldenen Internationale" werden auf gespenstische Art und Weise durch kapitalistische Geldgeber und Machthaber aus dem Hintergrund einheitlich gesteuert. Mithilfe dieses Parteiensystems gaukelt der politische Kapitalismus dem Volke Alternativen vor und fängt Proteststimmungen ein. Mithilfe dieses Parteiensystems kann das Kapital seine politische Macht aus einer Hand in die andere verlagern, ohne sie aus der Hand zu geben. (Bestes Beispiel ist der Wahlsieg der SPD 1998 in Deutschland. Um die soziale Opposition im deutschen Volke gegen den Sozialabbau aufzufangen, wurde der CDU-Kanzler Kohl durch den SPD-Kanzler Schröder ersetzt, der entsprechend den Anweisungen des Großen Geldes die gleiche Politik des Sozialabbaus im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung fortsetzt.)

Das westlich-liberale Parteiensystem ist ein Subsystem des US-Imperialismus. Mit der Parole von „Demokratie und Marktwirtschaft" wird es allen Völkern übergestülpt. „Demokratie" bedeutet ein US-höriges Parteiensystem und „Marktwirtschaft" offene Märkte für die US-Überschußproduktion.
In allen Parteienstaaten wächst proportional zu den kapitalistischen Krisenerscheinungen die Parteienverdrossenheit des „Wählervolks". Wahlenthaltungen von bis zu 60% sind selbst in den USA keine Seltenheit. Die Mitarbeit in den Parteien beschränkt sich auf kleine Minderheiten. Der größte Teil der Wählerschaft ist ohnehin der Meinung, daß die Entscheidungen an ganz anderer Stelle fallen und

der „Konkurrenzkampf" der Parteien nur ein vorgetäuschtes „Wahltheater" darstellt, weil alle Entscheidungen bereits hinter den Kulissen gefallen sind. Mit jedem Tage wächst die Anzahl derer, die den Parteienstaat für unfähig halten, die gravierenden Probleme von Arbeitslosigkeit, Überfremdung, Verschuldung, Kriminalität usw. zu lösen. Wie kann man auch Lösungen von Politikern erwarten, die als kapitalistische Erfüllungsgehilfen für diese Probleme verantwortlich sind und jede Alternative zu ihrer Katastrophenpolitik wütend und militant bekämpfen.
Die Demokratie steht heute auf dem Prüfstand. Sie ist keine „heilige Kuh". Wer sie kritisch hinterfragt, begeht keine Majestätsbeleidigung. Spätestens dann, wenn diese „Demokratie" nicht mehr in der Lage ist, dem Volke Arbeit und Brot zu garantieren, muß sie zur Disposition gestellt werden. Wahlversprechen machen keinen Menschen satt und Verfassungen schaffen außer für die politische Polizei und Justiz keine Arbeitsplätze.



Alle vier Jahre...Sozialdemagogie als Sendung des Kapitalismus.

Da der Kapitalismus ein von sittlicher Verkommenheit und schamloser Bereicherungssucht egoistischer Individuen geprägtes wirtschaftliches und gesellschaftliches Chaos darstellt, ist sein Zusammenbruch nur noch eine Frage der Zeit. Mit ihm wird auch das Parteiensystem das Zeitliche segnen.

Es ist daher notwendig, über Alternativen zum Parteienstaat nachzudenken. Alle Übel der Demokratie können geheilt werden und zwar durch mehr Demokratie d.h. durch körperschaftliche Organe der Selbstorganisation und Selbstverwaltung des Volkes in Betrieb und Gemeinde.

Der Ständestaat - Tradition mit Zukunft

Versuche, den Parteienstaat durch ein System von Selbstverwaltungskörperschaften des Volkes in Betrieb und Gemeinde zu ersetzen, gibt es sowohl bei der antiparlamentarischen Linken wie bei der antiparlamentarischen Rechten.

Die körperschaftliche Selbstverwaltungsidee wird von der antiparlamentarischen Linken entweder als „Syndikalismus" oder als „Rätesystem" vertreten. In beiden Fällen geht es um die Überwindung des kapitalistischen Parteiensystems durch gewerkschaftliche oder werksgemeinschaftliche Syndikate bzw. Wohnblock - und Betriebsräte.

Die körperschaftliche Selbstverwaltungsidee wird von der antiparlamentarischen Rechten als „Ständestaat" vertreten. Der Ständestaat ist keine blasse Theorie sondern die in Europa seit Jahrhunderten geübte politische Praxis. Ausgangspunkt für die Bildung von Ständen war die gemeinsame Organisierung von Bodenbearbeitung - und Verteidigung. Jeder Stand bildete eine körperschaftliche Funktionseinheit innerhalb des Volksganzen (Nährstand, Wehrstand, Handwerker - und Kaufmannsstand usw.) Unter dem Einfluß der kapitalistischen Geldwirtschaft degenerierten im Mittelalter die Funktionsstände zu Privilegienständen. Schließlich mußte der entartete, seinem Volke entfremdete Geburtsadel dem Geldadel und seinem Parteienstaat weichen.

Den Verfechtern des Ständestaates geht es nicht um die Neuauflage mittelalterlicher „Zu-Stände" sondern um die Neubildung von Ständen unter den Bedingungen der neuzeitlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung als sog. Funktions - und Aufgabenstände mit genossenschaftlicher Tendenz. In der Hauptsache wird der erneuerte Ständestaat ein „berufsständischer Staat" sein.
Versuche zur Erneuerung des Ständestaates auf berufsständischer Grundlage wurden im 19. und 20. Jahrhundert von den verschiedensten politischen Richtungen unternommen: Die antiparlamentarische Linke wurde mit ihrem Syndikalismus und Rätesystem bereits erwähnt. Wenn man diese antiparlamentarischen Ideen der Linken von Massen - und Klassendenken befreit, sind auch sie wertvolle Beiträge für die berufsständische Überwindung der Parteienherrschaft. Berufsständische Ideen vertritt auch die katholische Soziallehre. Allerdings geht es ihren Vertretern weniger um die Errichtung eines Volksstaates sondern um die Inthronisierung einer pfäffischen Theokratie durch die ständische Institutionalisierung kirchlicher Machtansprüche innerhalb des Staates.

Den preußischen Reformern unter Führung des Freiherrn von und zum Stein schwebte ein berufsständischer Staat vor: dh. örtliche berufsständische Körperschaften sollten ihre Vertreter in gemeinsame Beratungsgremien bis hinauf zum Staatsrat entsenden. In diesem berufsständischen System sollte es keine organisierten Parteien, keine Berufspolitiker und keine periodischen Wahlen mehr geben. Die Mandate sollten jederzeit widerruflich sein. (Näheres bei Oswald Spengler „Preußentum und Sozialismus" S.62)

Bismarck wollte das Parteiensystem durch eine zweite berufsständische Kammer ergänzen. In der Weimarer Republik überwucherte das Parteiensystem alle Ansätze zur Bildung eines Reichswirtschaftsrates auf berufsständischer Basis.

In Österreich mit seinem Kammersystem und der Schweiz mit ihrer Ständekammer gibt es noch heute ständestaatliche Überreste, die allerdings zu Parteipfründen verkommen sind. Verkrüppelte Schrumpfformen des Ständestaates begegnen uns auch in der „Bundesrepublik" Deutschland in Gestalt sogenannter „Kanzlerrunden", „Bündnissen für Arbeit" bzw. „Konzertierte Aktionen". Diese von Linken fälschlich als „Neokorporatismus" bezeichneten informellen Gesprächsrunden zwischen Partei-, Gewerkschafts- und Unternehmervertretern haben mit Korporatismus, dh. mit ständischer Wirtschaftslenkung im Interesse der nationalen Volksgemeinschaft nichts zu tun. Sicher hat die Konsenssuche in diesen Gesprächsrunden einen gewissen ständestaatlichen Anhauch. Solange aber der organisatorische Unterbau fehlt, bleibt die kooperative Konfliktregulierung durch Verlagerung der Verteilungskämpfe an den Verhandlungstisch jenseits von Streik und Aussperrung im kapitalistischen Parteienstaat eine Illusion.

Einen entscheidenden Durchbruch erzielte die Ständestaatsidee in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts in Europa. Durch den Vormarsch von Faschismus und Nationalsozialismus entwickelten sich ständestaatliche Strukturen in fast allen Ländern

Europas. Auch in Brasilien unter Vargas mit seinem „Neuen Staat" und in Argentinien unter Perón, der sich auf die Gewerkschaften stützte, entstanden ständestaatliche Strukturen.

Mit Recht wird heute kritisiert, daß sich das Ständestaatsmodell nicht in vollem Umfange entfalten konnte, weil der Selbstverwaltung der Korporationen durch die Vorherrschaft einer nationalistischen Einheitspartei Grenzen gesetzt waren. Der Einwand ist richtig und dennoch falsch. Wer so argumentiert, vergißt, daß Faschismus, Nationalsozialismus und verwandte Bewegungen in aller Welt in einer kapitalistischen Weltkrise an die Macht kamen und Notstandsdiktaturen errichten mußten, um durch straffste Zusammenfassung aller Volkskräfte Not und Elend in ihren Ländern zu beseitigen. Dieser Umstand und der dann ausbrechende Weltkrieg verlängerte die diktatorische Übergangsphase und ließ eine endgültige Ausreifung des Ständestaatsmodells nicht zu. In Portugal und Spanien wurden unter dem Einfluß der siegreichen Alliierten alle Ansätze des Korporativstaates einschließlich der sie tragenden „nationalsyndikalistischen" Bewegungen wieder beseitigt und durch die Parteienherrschaft ersetzt. Was aber bleibt, ist die entscheidende Erkenntnis, daß alle ständestaatlichen Ansätze in Europa einen gewaltigen Fundus an Erkenntnissen über ein parteifreies soziales und wirtschaftliches Steuerungsinstrumentarium hinterlassen haben. Das ständestaatliche Modell setzte an die Stelle von Reibungsverlusten durch Klassenkampf und Konkurrenzdruck wirtschaftlichen Aufschwung durch Zusammenarbeit und Kräftebündelung. Wie primitiv, rückständig und geradezu steinzeitlich wirkt dagegen der wüste Interessenkampf aller gegen alle im Lobbyistendschungel des Parteienstaates mit seinen Demonstrationen, Streiks, Aussperrungen, Mediengeschrei aber auch mit seinen hintergründigen mafiaartigen Einflüssen durch internationale Netzwerke.

Der ehemalige portugiesische Ministerpräsident Antonio Oliveira Salazar, der sein Land von 1932 bis 1968 regierte, entwickelte in einer Rede am 30. Juni 1928 anläßlich der Gründung der „Nationalen Union" eine ständestaatliche Generalformel. Trotz aller Vorbehalte gegenüber seinen klerikalen Absichten bleibt diese Generalformel von zeitloser Gültigkeit:

„Man darf den Parteien und ihrem Anhang keine Macht geben. Alles ist dem Gemeinwohl unterzuordnen;
der Staat muß vor den Angriffen frecher Klüngel geschützt werden, aber gleichzeitig für die Nöte und Wünsche aller Gruppen des Volkes immer ein offenes Ohr haben;
die Nation muß von unten nach oben durchgegliedert werden; von der Familie bis zum Verwaltungsstab und den moralischen und wirtschaftlichen Verbänden sollen alle Erscheinungsformen des Gemeinschaftslebens in den Staat eingefügt werden, um ihn so zum lebendigen Ausdruck des Volkswillens zu machen und unserer nationalen Souveränität Wirklichkeit zu verleihen.....
Und wenn überhaupt Demokratie eine Bedeutung hat, dann liegt sie in diesem Vollzug einer wirklich wahren Demokratie."

(Zitat aus „Nation Europa", April 1957, S. 19)

Nachtrag des Schriftleiters:

Den zweiten Abschnitt dieses Aufsatzes unter den Überschriften: „Grundriß des Ständischen Staatsaufbaus." und „Was unterscheidet den Ständestaat vom Parteienstaat?" veröffentlichen wir in der Ausgabe 12 unserer Zeitschrift. Zudem wollen wir noch einmal manifestieren, daß wir (der Großteil der Redaktion) jegliche Parteienarbeit ablehnen aber durchaus gewollt sind unsere Auffassungen in die Partei zu tragen. Unter der Vorraussetzung, daß wir jene Partei und deren Kernaussagen für unterstützenswert halten. Wobei wir hier keine Rücksicht nehmen auf hinterweltlerisches Schubladengehabe zwischen „Rechts" und „Links"!

Schächten - Tierquälerei unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit

Durch die vom BRD - Grundgesetz zugesicherte Religionsfreiheit gelang es Moslems und Juden gleichermaßen eine Berechtigung für das tierquälerische Ausbluten von Tieren, harmlos als „Schächten" bezeichnet, zu erlangen. Dies geschieht unter einer angeblich sozialdemokratischen Regierung mit Beteiligung der Grünen. Das Schächten ist aber weder aus sozialen Gründen noch aus grüner Sicht vertretbar.
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.01.2002, welches religiösen Fanatikern erlaubt, Tieren bei vollem Bewußtsein die Kehle durchzuschneiden und diese unter Qualen völlig ausbluten zu lassen, müßte jedem sozialdemokratischen Politiker auf die Barrikaden bringen und jedem Grünen müßte die Zornesröte im Gesicht stehen. Leider ist genau das Gegenteil der Fall, neben stürmischer Begrüßung fielen auch folgende Sätze: „...Dieses Urteil ist ein Erfolg für den Tierschutz...", „...Das Urteil trage auch zum Frieden in unserer multikulturellen Gesellschaft bei...". So muß man feststellen, daß den heute Herrschenden die multikulturelle Lobby wichtiger ist, als der Tierschutz. Wo Rohheit gegen Tiere vom Gesetz gedeckt ist, da ist es nur eine Frage der Zeit, wann der Mensch weniger Wert ist als Reichtum...
Es gibt wohl kaum etwas Grausameres, als Lebewesen aus Fleisch und Blut, die ebenso Schmerz empfinden wie wir Menschen, bei lebendigem Leib ohne Betäubung mit dem Messer die Kehle zu durchtrennen. Nichts anderes passiert nämlich beim Schächten. Es geht weniger darum, Partei für Vegetarier oder Veganer zu ergreifen, oder jemandem vom Fleischverzehr abzuraten. Es geht eher darum, daß das Schlachten von Tieren unter humanen Umständen geschieht. Aus ethischen Gründen müssen Tiere möglichst schmerzlos und in einem Augenblick getötet werden.
Wer nicht zum Tierschutz fähig ist, bei dem dürfte die Menschenwürde auch zweitrangig sein... Warum dürfen religiöse Fanatiker, die nicht unserer Kultur entstammen, Tiere grausam zu Tode quälen, während man germanisch-heidnische Riten kriminalisiert und verbietet? Genau das dürfte nämlich Ressentiments hervorrufen und nicht umgekehrt.
Nach muslimischen und hebräischen Gesetzen wird davon ausgegangen, daß im Blut der Tiere die Seele beheimatet ist und um mit der Tierseele nicht in Konflikt zu geraten, muß das Tier vollends ausgeblutet werden. Durch das „totale" Ausbluten des Tieres ist mit Sicherheit nicht jeder Tropfen Blut aus dem Tier verschwunden und somit kann das Fleisch auch nicht „halal" oder „kosher" (beide Begriffe stehen für rein) sein. Wem Fleisch von ungequälten Tieren nicht „rein" genug ist, der muß sich vegetarisch oder vegan ernähren.
Kein intelligenter und empfindender Bürger wird sich einreden lassen, daß es sich beim Schächten um eine humane oder gar tierfreundliche Schlachtmethode handelt. Die Tiere werden durch den sog. Schächtschnitt langsam und grausam zu Tode gequält. Eine totale Entblutung gibt es nicht.

Mehr Infos gibt es auch unter:

www.vgt.ch/media/movie32-schaechten.htm
www.t0.or.at/-tierschutz/tiu/index-video.html
www.tierschutz.cc/
oder auf Seiten von Tierschutzorganisationen.



Die Sozialreaktion stoppen!

AGENDA 2010 - Betrachtung einer Werbekampagne der Bundesregierung.

Dritter und letzter Teil im FT

von unserem Mitarbeiter Alexander Klein

Die Bundesregierung in Berlin startete Ende Dezember 2003 eine (teure) Werbeaktion unter dem Titel „Das war 2003: Reformen für die Zukunft". Deutschland beweise Mut zur Veränderung und gemeinsam hätten wir die Weichen hin zu einem modernen Sozialstaat gestellt - für mehr Aufschwung und Wachstum in unserem Land, so die Einleitung in einer Anzeige. Im folgenden möchte ich den sechs Punkten der Werbeanzeige (vgl. „Der Spiegel" vom 29.12.2003, Seite 4-5) der Bundesregierung, mit der sie ihre eigenen Leistungen lobt, die Realität entgegen halten, denn offenbar schweben jene Damen und Herren bei einem Monatsgehalt von jenseits der 10.000 (T) Euro im Schlaraffenland und glauben an den alten Spruch: „Was!? Das Volk hat kein Brot mehr? Dann soll es eben Kuchen essen!"
Nun zu den einzelnen Punkten der Werbeanzeige:

Punkt 1: „Mehr Geld für die eigenen Wünsche"

Angeblich würden die Menschen sowie Unternehmen um 15 Milliarden (T)Euro entlastet und damit hätten die Steuerzahler **„mehr Geld für ihre Anschaffungen und Wünsche"**. Nun, wer z.B. sechs Millionen Dollar pro Jahr verdient, wie der Deutsche Bank Chef „Ackermann", der wird tatsächlich **„mehr Geld für eigene Wünsche"** zur Verfügung haben. All jene Millionen Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen, Kranke, Wohnsitzlose und Heiminsassen, die auf medizinische Hilfe angewiesen sind, sie alle werden weniger Geld für neue und ihre sonstigen Anschaffungen haben.

Punkt 2: „mehr Chancen für den Arbeitsmarkt"

Angeblich habe die Bundesregierung und den Arbeitsmarkt zukunftssicher gemacht. Es seien über eine Million **„Mini- und Midijobs"** für geringfügig Beschäftigte entstanden, dies sei ein Erfolg für Beschäftigte, Unternehmen und Haushalte. Job-**Center „beschleunigen und verbessern die Vermittlung Arbeitssuchender"**.

Erwerbslose können diese Aussagen wohl nur als zynisch ansehen, denn zum einen diesen viele der **„Midi-Jobs"** dazu, die Unternehmer von „Lohnnebenkosten" zu entlasten und sie sind in Bereichen angesiedelt, die den Beschäftigten keinerlei Entwicklungsperspektive bieten, sie vielmehr in einem permanenten Zustand von Abhängigkeit und dem nackten Überlebenskampf verharren läßt. Sklaventum des 21. Jahrhunderts nach europäischen Vorstellungen. Jene die – noch – in Arbeit sind, sollen künftig leichter entlassen werden können, müssen – im Falle der Entlassung – jede Arbeit annehmen. Man fragt sich, wann den ersten Frauen und Männern vom Arbeitsamt die Weisung erteilt wird, als Prostituierte zu arbeiten, schließlich ist Prostitution seit 2001 eine anerkannte Beschäftigung (vgl. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostitution vom 20.12.2001).

Punkt 3: „Mehr Zukunft für das Gesundheitssystem"

Die Gesundheitsreform (Nebenfrage: Kann Gesundheit reformiert werden?? Wenn ja: wie?) verbessere die **„Qualität der medizinischen Versorgung für alle gesetzlich Versicherten"**, außerdem werde ihr **„Gesundheits- und Kostenbewußtsein gefördert"**. Die Kranken reiben sich verwundert die Augen und fragen sich nach einem Blick ins Portemonnaie, ob sie der gähnenden Leere, nachdem sie 10 (T)Euro an den Hausarzt zahlten und weitere erkleckliche Beträge an Apotheken und andere. Von Sozialhilfeempfänger-Innen ganz zu schweigen: sollen sie von ihrem Regelsatz- der gerade das Überleben sichert, all die Zuzahlungen leisten? Es ist schlicht menschen-verachtend was hier seitens der Regierung- und des Bundestages-praktiziert wird. Die Krankenversicherung ist ein Solidarsystem und solange die Krankenversicherung üppigste Gehälter beziehen, teure Büros für ihre Vorstände bereitstellen, millionenschwere Werbeanzeigen schalten, ist keinerlei Anlaß gegeben, den Kranken Geld aus den Rippen zu schneiden.

Punkt 4: „Mehr Dynamik für die Wirtschaft"

Die AGENDA 2010, so lesen wir unter Stichpunkt Nr. 4 des Inserates fördere das Wachstum, das Rabattgesetz **stärkt die Kunden. Und längere Ladenöffnungszeiten machen nicht nur das Einkaufen bequemer, sie kurbeln auch den privaten Konsum an.** Muß heute wirklich alles **„bequemer"** werden? Es ist nicht bekannt, daß vor 20 Jahren Menschen deshalb in Deutschland verhungert wären, oder nichts zum Anziehen kaufen konnten, weil sie keine Gelegenheit gefunden hätten einzukaufen. Und mittlerweile ist längst belegt, daß längere Öffnungszeiten mitnichten den Konsum ankurbeln, sondern sie verlagern lediglich den Zeitpunkt des Einkaufs, erhöhen aber nicht die Einnahmen. Dafür tragen die neuen Arbeitszeiten noch mehr zur Zersplitterung von Familien und Beziehungen bei, da die Verkäuferinnen und der Verkäufer noch

länger in den Tempeln der Konsumwelt bleiben müssen.

Punkt 5: „Mehr Gerechtigkeit für Jung und Alt“

Die Renten würden **„nachhaltig“** gesichert und deshalb auch für kommende Generationen bezahlbar. Nun besteht die Politik der Regierung aber primär darin, die Renten faktisch zu kürzen und das Renteneintrittsalter zu erhöhen (evtl. ist dies das Gerechtigkeitsverständnis der Regierung: mehr arbeiten für letztlich weniger Lohn?!). Den Menschen, die heute schon erwerbslos sind, gerne aber arbeiten würden, wirklich zu helfen, ihnen Perspektiven aufzuzeigen, dies kommt keinem in den Sinn, die Hauptsache ist, daß der frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit bzw. Bundesagentur für Arbeit „Gerster“, ein teuer renoviertes Büro hatte und teure Beraterverträge abschließen durfte. So aber kommt kein Geld in die Rentenkasse!

Punkt 6: „Mehr Kinder“
Deutschland solle wieder ein Kinder- und familienfreundlicheres Land werden. Gut gebrüllt Löwe. „Frühkindliche Förderung“ werde gestärkt durch den Ausbau von Betreuungseinrichtungen. Menschen, Paare die im Alltag um ihre Existenz kämpfen und bangen, werden sicherlich nicht animiert Kinder in die Welt zu setzen. Ich erspare mir eine Aufzählung der Kinder- und familienfeindlichen Regelungen angefangen beim Staat, über die Deutsche Bahn, bis hin zu Nachbarn die sich über Kindergeschrei empören, oder Restaurants die am liebsten ein Schild an die Türe hängen würden: „Kinder-sind-hier-unerwünscht“.

Das Inserat schließt mit dem Satz **„Die AGENDA 2010 bewegt Deutschland“**; dieser „neoliberale Masterplan“ sollte Deutschland erschüttern, aufrütteln und die Menschen auf die Straße treiben! Dieser (werbe-)psychologische, man muß es so direkt sagen, Unsinn der in dieser Anzeige verbreitet wird, täuscht die Menschen ganz gezielt, soll sie einlullen und einschläfern.

Um so wichtiger ist Gegenwehr, Protest und aktiver Widerstand.

Informationen im Netz unter:
www.keine-agenda2010.de
sozialistische-reform@web.de

Unterstütze auch DU die Kampagne des Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM)!

Aktuelle Propaganda:



Plakat (A2, zweifarbig)
100 Stück = 30 EU
plus Porto



Flugblatt Nr.1 (A5, einfarbig)
1000 Stück = 8 EU
plus Porto

Aufkleber (A6, vielfarbig)
100 Stück = 6 EU
plus Porto

Bestellungen sind möglich unter e-Post: medienverbund@web.de
oder unter: Postfach 100730 in 16207 Eberswalde

-Ein neues System bietet neue Möglichkeiten!-

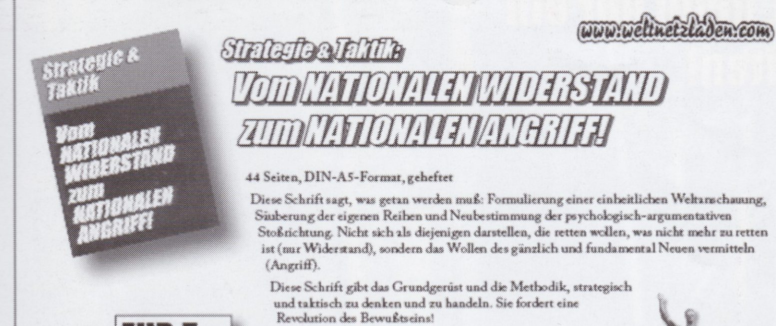
Meldung, in letzter Minute:

Die Rüstungsausgaben sind im vergangenen Jahr im Gefolge der Kriege in Afghanistan und dem Irak weltweit um elf Prozent gestiegen. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) in seinem Jahrbuch 2004 weiter angab, nahmen sie seit 2002 um zusammen 18 % zu und beliefen sich 2003 auf 956 Milliarden Dollar (775 Milliarden Euro). Knapp die Hälfte davon entfallen allein auf die Vereinigten Staaten. Als ausschlaggebend für die „markante Aufwärtsentwicklung“ bezeichnete das SIPRI die massive Aufrüstung in den USA seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Ausgaben der „entwickelten Staaten“ für militärische Zwecke zusammen liegen derzeit zehnmal so hoch wie ihre Leistungen für die Entwicklungshilfe (2001) und höher als alle Auslandsschulden der armen Länder zusammen. Auch beim internationalen Waffenhandel ermittelte das schwedische Institut 2003 eine deutliche Umkehr des vorher überwiegend rückläufigen Trends. Russland und die USA waren dabei Hauptexporteure mit China und Indien als Hauptabnehmerländern für russische Waffen und Taiwan, Ägypten, Großbritannien, Griechenland, der Türkei und Japan als wichtigsten US-Kunden. Die BRD rangierte im letzten Jahr mit einem Anteil von 6 % der weltweiten Rüstungsexporte an vierter Stelle hinter Russland, den USA und Frankreich. Für die kommenden Jahre erwarten die Stockholmer Friedensforscher im Rüstungshandel eine weitere Stärkung der US-Position bei rückläufigen Marktanteilen für Russland. Auch sei damit zu rechnen, dass der anhaltende Anstieg bei den US-Staatsausgaben für militärische Zwecke die Verteidigungshaushalte weltweit nach oben treiben werde. Dies werde sich aber in einem langsameren Tempo vollziehen, weil es langfristig zweifelhaft erscheint, ob die derzeitigen Raten wirtschaftlich und politisch tragbar sind. Von den weltweit 19 im letzten Jahr geführten Kriegen wurden nur die Konflikte im Irak und in Kaschmir zwischen Staaten ausgetragen. Acht der ansonsten rein innerstaatlichen Kriege fanden in Asien und vier in Afrika statt. In Burundi, Elfenbeinküste, Indonesien, Liberia und auf den Philippinen habe sich das Potenzial für eine plötzliche und massive Eskalation dieser Konflikte gezeigt. Dasselbe gelte für Afghanistan mit erneut zunehmenden Aktivitäten von Taliban-Kämpfern im letzten Jahr.

WIR SIND NATIONALREVOLUTIONÄR
NICHT NATIONALDEMOKRATISCH!

Kampfbund Deutscher Sozialisten
nationalrevolutionär - radikal - sozialistisch

Bundesgeschäftsstelle
Postfach 1109 • 17431 Wolgast



Medienvertrieb NMV
PF: 100730
16207 Eberswalde
Aufkleber, Plakate, Zeitschriften und Flugblätter
medienverbund@web.de

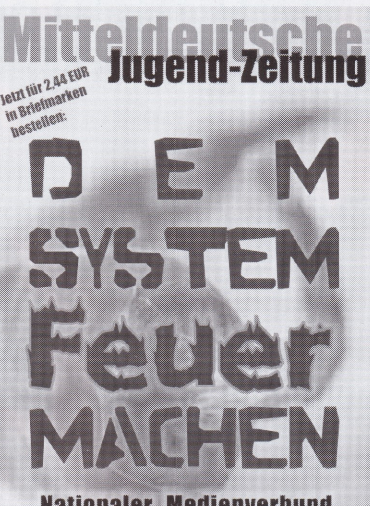
Märkischer Heimatschutz
für Brandenburg



Postfach 100 704, 16203 Eberswalde
Maerkischerheimatschutz@gmx.de

Das Herz fröhlich, den Mut tüchtig, die Reden ehrlich, die Taten richtig!

Mitteldeutsche Jugend-Zeitung



Nationaler Medienverbund
Postfach 1203 - 17431 Wolgast



-die Anzeigenseite-

Übersicht über die zur Zeit lieferbaren Arbeiten von **Heinz Mahncke**

Gesammelte Werke Band I
Inhalt: Gedichte, Fabeln, Erzählungen, Kulturpolitische Aufsätze, Beginn der Lebenserinnerungen 1925-1943
EUR 28,00

Gesammelte Werke Band II
Inhalt: Lebenserinnerungen Teil 2, Soldat bei der Waffen-SS, schwere Verwundung, Heimatlazarett Hamburg, Erlebnisse unter der englischen Besatzungsdiktatur, Hungern und Frieren; Zustände beim ersten Lizenzvertrag DIE ZEIT, Begegnungen mit wichtigen Persönlichkeiten des volkstreuen Widerstandes: Leonard Schlüter, Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer, Ernst von Salomon, Hans Grimm und viele konservative Dichter, Marie Hamsun. Prof. Herbert Böhme, Hans W. Hagen, Ursel Peter und weitere Dichterbekanntschaften. Ilse Tilsen-Höger und die norddeutsche Backsteinarchitektur; Prof. Kunstmann (Gründer der deutschen Freiheitspartei). Ausländische Revisionisten, Vermächtnis Otto Ohlendorfs.
EUR 24,00

Gesammelte Werke III
Inhalt: Roman „Der einsame Ruf“ um den Märtyrer der Napoleonzeit Johann Phillip Palm und der Roman „Gesa“, Entwicklungsgeschichte einer jungen Künstlerin.
EUR 24,00

Gesammelte Werke IV
Inhalt: Zeitsatire-Roman „Das Dorf als Welt oder wie Heinrich versucht, ein Mann mit Eigenschaften zu werden“.
Drei tiefgreifende kulturpolitische Aufsätze
EUR 24,00

Liebe gegen sexuelle Revolution
Hugo Wellerns, langjähriger Chefredakteur des Ostpreußenblattes, schrieb dazu: „Ihr Buch Liebe gegen sexuelle Revolution habe ich gelesen und ich muß Ihnen sagen, daß hier eine sehr tiefgründige Arbeit vorliegt, die ein erhebliches Wissen und ein beachtliches Studium voraussetzt. Das außerordentliche Thema ist allerdings, was die Entwicklungsgeschichte angeht, für Christenmenschen ein Schock“. Dr.med. R. Hennig bezeichnete dieses Buch ebenfalls als eine „sehr tiefgründige Arbeit, die ein erhebliches Wissen und beachtliches Studium voraussetzt.“
EUR 14,00

Broschüren:
Hans Jonas – ein jüdischer NS-Philosoph?
Eine vergleichende Betrachtung der Aussagen des jüdischen Philosophen Hans Jonas und Adolf Hitler über die Grundsätze einer verantwortungsvollen Naturpolitik
EUR 5,00

Marx-Sozialismus oder Natursozialismus	EUR 8,00
Gegen die unwissenschaftlichen Dogmen der UNO	EUR 2,50
Die Frankfurter Schule und das befreite Deutschland	EUR 2,50
Das Watt und die Marsch, zwei Betrachtungen	EUR 2,50
Deutsche Sprache und Dichtung vorgestern, gestern und heute	EUR 2,50

Zu beziehen bei:
H. Mahncke, Rederstaller Straße 61
25782 Tellingstedt – Tel. 04 83 8 / 78 12 97

Das Zitat dieser Ausgabe:

„Natürlich ist der Nationalismus kein literarisches Späßchen, und ebenso wenig vollzieht er sich in der Zone der reinen Idee. Sowohl seinem Charakter sowie seinem Temperamente nach zielt er auf die Aktion; er würde eine weltanschauliche Spielart bleiben, wenn er sich nicht im Tatsächlichen vollenden würde.“

- Ernst Jünger-

Wir sehen BLAU!

Für eine sozialistische Zukunft Deutschlands.

Wir fordern von diesem Staate nichts, denn nur ein neues System bietet neue Möglichkeiten!



Protest am 03.04.04 in Neubrandenburg.

Brecht die Macht der Banken und Konzerne... hallte es am ersten Aprilwochenende auf den Straßen Neubrandenburgs. Nicht etwa von „linken" Globalisierungsgegnern, sondern aus dem Demozug des Nationalen Widerstandes der an diesem Tag zum vierten Mal vor Ort demonstrierte. Diese Veranstaltung war gleichzeitig Auftakt zu einer großangelegten Kampagne gegen die AGENDA 2010, welche von vielen regionalen Gruppen, die im NSAM organisiert sind, durchgeführt wurde. Allerdings war diese Demonstration weit mehr als nur ein Marsch durch Neubrandenburg, sie war ein Signal für die Berliner Politiker und hat für den Nationalen Widerstand ganz klar Stellung bezogen. Wir fordern einen gerechten Sozialstaat und zwar nicht im maroden BRD-System sondern in einem sozialistischen Staat der Zukunft. Die Signalfarbe rot leuchtete von unseren Trageschildern und Transparenten und klare Parolen brachten diese Forderungen zum Ausdruck. Alles stand aber unter der Losung, daß dieses System keine Fehler hat sondern eben der Fehler ist und jene Forderungen mit diesem Staat nicht zu machen sind. Wir schaffen Alternativen! Natürlich mangelte es auch nicht an „Antifaschistischen" und Antideutschen Gegendemonstranten die wohl besser daran getan hätten in Berlin bei der Europaweiten Großdemonstration gegen den Sozialabbau zu demonstrieren anstatt sich gegen junge Deutsche zu stellen die das einfordern was an diesem Tag europaweit von Hunderttausenden gefordert wurde, endlich soziale Gerechtigkeit! Nach Rangeleien und einem kurzen Marsch fand eine Kundgebung vor dem Rathaus statt. Vertreter regionaler Gruppen innerhalb des NSAM sprachen über die AGENDA2010, den Sozialstaat und der Zukunftsalternative - einen Deutschen Sozialismus.